Mittag=Ausgabe.

Annoncen-Annahme-Bureaus:
In Posen außer in der Expedition dieser Zeitung (Wilhelmstr. 16.) bei C. H. Ulrici & Co. Breitestraße 14, in Gnesen bei Th. Spindler, in Grätz bei L. Streisand, in Breslau bei Emil Kabath.

Posener Zeitung.

Neunundsiebzigster Jahrgang.

Annoncen-Annahme-Bureaus:
In Berlin, Breslau, Dresden, Frankfurt a. M. Hamburg, Leipzig, München, Stettin, Stuttgart, Wien bei G. L. Daube & Co. — Haasenstein & Vogler, — Rudolph Mosse. In Berlin, Dresden, Görlitz beim „Invalidendank."

Nr. 245.

Das Abonnement auf dieses täglich drei Mal erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 4½ Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 45 Pf. Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deutschen Reiches an.

Donnerstag, 6. April

(Erscheint täglich drei Mal.)

Inserate 20 Pf. die sechsgespaltene Zeile oder deren Raum, Reklamen verhältnißmäßig höher, sind an die Expedition zu senden und werden für die am folgenden Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer bis 5 Uhr Nachmittags angenommen.

1876.

Amtliches.

Berlin, 5. April. Der König hat dem außerord. Gesandten und bevollmächtigten Minister am großh. bad. Hofe, Wirkl. Geh. Rath Grafen v. Flemming, und dem Vice-Ober-Ceremonienmeister, Kammerherrn v. Röder, den R. A.-O. 1. Kl. mit Eichenlaub, dem Geh. Justizrath und ord. Prof. Dr. juris Haelschner an der Universität in Bonn den R. A.-O. 3. Kl. mit der Schleife, dem Garnison- und Divisionspfarrer, Hofprediger Rogge zu Potsdam, den k. Kr.-Ord. 3. Kl., dem General-Major von der Armee, v. Böhn, den R. A.-O. 2. Kl. mit Eichenlaub, dem General-Major z. D., Haberland, bisher Kommand. der 19. Inf.-Brig., den k. Kr.-Ord. 2. Kl. mit dem Stern, dem Stadtger.-Rath Model hierselbst bei seiner Versetzung in den Ruhestand den Charakter als Geh. Justizrath, und dem Kreisphysikus des Kreises Wiedenbrück, Dr. Adolph Pelizaeus in Rietberg, den Charakter als Sanitätsrath verliehen.

Der vormalige Archivar der Stadt Augsburg, bish. Hülfsarbeiter beim Geh. Staats-Archive Dr. Christian Meyer ist als Archiv-Sekretär bei dem Staats-Archive in Schleswig angestellt, der bish. ord. Lehrer am Friedrichs-Kollegium zu Königsberg i. Pr., Dr. Arthur Ludwich, zum außerord. Prof. in der phil. Fakultät der Universität zu Breslau ernannt, beim Schullehrer-Seminar in Brühl der dortige Lehrer Blied und der kommiss. fung. Lehrer Frohn als ord. Seminarlehrer definitiv angestellt, der prakt. Arzt Dr. Gleitsmann, zur Zeit in Berlin, zum Kreiswundarzt des Kreises Naumburg ernannt, der Vorsteher des maschinentechnischen Bureaus der k. Eisenbahn-Direktion zu Elberfeld, bish. Maschinenmeister Spoerer, zum k. Eisenbahn-Maschinen-Inspektor befördert, der Verwaltungsbehörde des Bernsteinbergwerks zu Nortycken im Samlande ist die Bezeichnung: „Königliche Berginspektion" beigelegt und dem zum Bergwerks-Direktor ernannten Berginspektor Moritz Heyder von der Berg-Inspektion IV. im Bezirk der Bergwerks-Direktion zu Saarbrücken die Verwaltung dieses Bergwerks übertragen worden.

Vom Landtage.

38. Sitzung des Abgeordnetenhauses.

Berlin, 5. April, 1 Uhr. Am Ministertische Fürst Bismarck, Achenbach, Friedenthal, Geh. Räthe Hoffmann, Dahrenstädt Michelly u. A.

Ohne Debatte erledigte das Haus die dritte Lesung des Gesetzentwurfs betreffend die Aufnahme von Wechselprotesten, und geht demnächst zur dritten Berathung der Vorlage wegen Vereinigung des Herzogthums Lauenburg mit der preußischen Monarchie über.

Zu § 2 erklärt Abg. Virchow in seinem und seiner politischen Freunde Namen, daß er bei der gegenwärtigen Lesung auf die Stellung weiterer Amendements verzichte. Er wolle eine nähere Information über die Stimmung des Landes abwarten und behalte sich vor, erforderlichen Falls nach 3 Wochen bei der zweiten verfassungsmäßigen Berathung der Vorlage entsprechende Amendirungen zu beantragen.

Abg. Dr. Hammacher: Da auch meine politischen Freunde nicht das Bedürfniß verspüren, Anträge zu stellen, so würde ich auf das Wort verzichten, wenn ich nicht auf jene Volksversammlung in der Stadt Lauenburg zurückkommen müßte, auf welche der Abg. Virchow seine Behauptung stützte, daß man in Lauenburg den Anschluß an Hannover dem an Schleswig-Holstein vorziehe. Ich bin mittlerweile auf das Genaueste über die Bedeutung und den Charakter jener Volksversammlung unterrichtet. Sie bestand aus einigen hunderten, von einem Herrn von der Sandt zusammenberufenen Personen, die allerdings an dem Gesetzentwurf sehr viel auszusetzen hatten und sich zu folgender, für sie höchst charakteristischer Resolution verstiegen: „In Anbetracht, daß die Aufhebung der selbstständigen Staatsverwaltung eine welthistorische Bedeutung für sämmtliche Bewohner des Herzogthums Lauenburg sein und behalten wird; (Heiterkeit) in Anbetracht, daß das Herzogthum noch vor 10 Jahren, wie es sich freiwillig zum Eintritt in Preußen meldete, in wirklich äußerst blühenden Finanzverhältnissen sich befand, neuerdings jedoch ungeachtet höherer Steuerbelastung in unzureichenden Vermögensverhältnissen sich befinden soll (Hört! Hört! Rufe: Soll!); in Anbetracht, daß die Art der Verwaltung des Landesvermögens seit 1866, sowie die Höhe des Vermögens, der Einkünfte, der Steuern und Zölle, sowie der Schulden nur äußerst wenigen Bewohnern des Herzogthums Lauenburg bekannt sind und bekannt geworden sind, beschließt die Versammlung: 1) Protest zu erheben gegen einen etwaigen Beschluß der Ritter- und Landschaft auf Grund der aufgestellten Einverleibungsbedingungen. 2) Die zur Zeit bestehende Regierung aufzufordern, durch eine klar gefaßte ausführliche Denkschrift der gesammten Bevölkerung des Herzogthums, Rechenschaft über die Verwaltung der letzten 10 Jahre, über Landesvermögen und Schulden, über Einnahmen, Ausgaben und Steuern, zukünftige Gerechtsame und Ansprüche u. s. w. abzulegen. 3) Noch vor der Einverleibung in Stelle der alten feudalständischen Landesvertretung auf eine durch freie Wahl aus dem Herzogthum hervorgehende Gesammtvertretung hinzuwirken." Der Wortlaut dieser Resolution charakterisirt ihren Werth! Wenn ich schon das vorige Mal behaupten durfte, daß sich die große Majorität der Bewohner Lauenburgs im vollsten Einverständniß mit der gegenwärtigen Vorlage befinde, so glaube ich jetzt diese Behauptung aufs Bestimmteste wiederholen zu können. Wir können den Entwurf mit dem sichern Gefühl genehmigen, daß wir dabei nicht blos die Interessen Preußens, sondern auch die der Bevölkerung Lauenburgs richtig treffen.

Fürst Bismarck: Ich weiß nicht, ob ich in drei Wochen, wenn der Abg. Virchow dasjenige, was er inzwischen in dem Herzogthum Lauenburg an Beschwerden von Leuten, wie sie durch die eben verlesene Resolution charakterisirt worden sind, wird extrahirt haben, bei meiner schwankenden Gesundheit und bei der nothwendigen Badekur, die mir bevorsteht, in der Lage sein werde, mich hier für die Vorlage auszusprechen. Ich hoffe es, aber ich bin nicht sicher darüber, und deshalb erlaube ich mir, über die gesammte Stellung der beiden Regierungen, der preußischen wie der lauenburgischen zur Sache heute noch einige Bemerkungen zu machen. Ich muß sagen, ich habe es mir im Ganzen nicht so schwierig gedacht, den preußischen Staat zu vermögen, daß er ein wohlhabendes, wohlstehendes, wohlgelegenes Herzogthum, wenn dessen Herzog es ihm auf dem Präsentirteller anbietet, überhaupt annehme. Ich muß sagen, ich war in der That diesem wohlhabenden Lande gegenüber nicht darauf gefaßt, es als eine ausgequetschte Citrone bezeichnen zu hören. Ich suche die Quelle dieser Bezeichnung in der Resolution dieser Leute aus der Volksversammlung, deren Bildungszustand ja durch den Inhalt derselben hinreichend gekennzeichnet ist. Die Unterzeichner der Resolution — der Herr v. d. Sandt — gehören, soviel ich weiß, dem lauenburgischen Staatsverbande gar nicht an. Die Theilnehmer der Versammlung setzen sich zusammen aus der mehrere Tausende betragenden Einwohnerschaft der Vorstädte von Lauenburg, deren Bewohner größtentheils Schiffer sind, die mehr nach Hamburg gravitiren und sonst fast nie auf die Bergeshöhe hinaufkommen, auf der die Stadt Lauenburg liegt, sondern an den Ufern der Elbe bleiben. Es ist ja eine bekannte Thatsache, daß Lauenburg eine große Anzahl von Sozialisten aufzuweisen hat, welche diese Volksversammlung beeinflußten. Die letzte Reichstagswahl hat ja das Resultat ergeben, daß die Partei der Sozialisten zwar nicht die relativ stärkste Majorität, aber die stärkste Stimmzahl dort aufwies. Die Existenz und das Aufkommen dieser großen Zahl Sozialisten in einem rein ackerbautreibenden Lande kann denen nicht auffallend und überraschend sein, die die Verhältnisse kennen. Die Gesetzgebung war eben so beschaffen, daß kein Arbeiter unter irgend welchen Umständen irgend ein Fleckchen Landes als Eigenthum erwerben konnte. Es war dadurch seit Jahrhunderten die Bevölkerung nicht über das Maß von 1700 bis 1800 Menschen auf die Quadratmeile hinausgekommen. Daß die Arbeiter in oft sehr harter Abhängigkeit von der Ritter- und Bauernschaft und in der absoluten Unmöglichkeit sich befanden, sich eine unabhängige Stellung und ein Besitzthum zu erwerben, hat dort den Sozialismus verbreitet und bewirkt, daß die Arbeiter in den sozialistischen Utopien Rettung suchten gegen eine unvernünftige Gesetzgebung. Von den Stimmen dieser Leute wird der Abg. Virchow allerdings eine erneute Bekräftigung der Einwände, die er gegen die Vorlage erhob, und der Vorwürfe gegen die bisherige Verwaltung des Landes finden können; ich selbst habe mich ja einer besonderen Popularität bei den Sozialisten nie zu erfreuen gehabt. (Heiterkeit.) Es überrascht mich aber doch einigermaßen, gerade vom Abg. Virchow diese Schwierigkeiten und Einwände vorbringen zu hören, da ich geglaubt hatte, er würde über unsere Kämpfe, die 10 Jahre rückwärts liegen, den Schleier der Vergessenheit zu breiten geneigt sein. Ich muß ihn darauf aufmerksam machen, wenn es nach ihm gegangen wäre, so wäre überhaupt weder von einer ausgequetschten noch von einer vollen Zitrone heute die Rede, sondern Lauenburg wäre noch jetzt unter der Herrschaft des Herzogs von Augustenburg und stände unter dem Schutz des alten deutschen Bundes, der überhaupt, wenn es nach ihm gegangen wäre, noch heute die herrschende Potenz in Deutschland wäre. Ich würde an Stelle des Abg. Virchow nicht an die Opposition aus jener Zeit erinnert haben; er zwingt mich, ihn darauf hinzuweisen, daß er mehr wie jeder andere in der Lage ist, das dargebotene Geschenk nicht so genau — ich will an ein populäres Sprichwort nicht erinnern (Heiterkeit) — in Bezug auf die Formen, unter denen es von seinem Herzog — und nicht etwa von Volksversammlungen — dargeboten wird, seiner Kritik zu unterziehen. Ich selbst bin eigentlich gar nicht in der Lage, daß ich ein sehr leidenschaftliches Interesse für diese Vorlage hätte. Ich hatte eigentlich immer darauf gerechnet, daß ich in meinen alten Tagen, wenn ich nicht mehr im Stande sein würde, Reichskanzler zu sein, mir das lauenburgische Ministerium gewissermaßen als mein Altentheil reserviren könnte. (Große Heiterkeit.) Auf diese Hoffnung verzichte ich nun mit Einbringung dieser Vorlage. Ob ich das freudig thue oder nicht, ist meine Sache. Hier habe ich nur darauf zu halten, daß die Bedingungen, unter denen Lauenburg angenommen werden soll, auch den gegenwärtigen legalen Vertretern gerecht seien. Ich werde sie darüber befragen, und wenn sie ihnen nicht gerecht sind, dann würde ich mich für verpflichtet halten, die Verhandlungen zu vertagen. Jetzt liegt dies noch nicht in meiner Absicht; aber wenn Sie glauben, daß der Herzog und sein Minister ein so großes Interesse daran haben, das Herzogthum los zu werden und sich hier alle möglichen Ausstellungen gefallen zu lassen, als wenn das Land schon jetzt Gegenstand der preußischen Gesetzgebung wäre, dann ist dies doch eine durchaus unrichtige Voraussetzung. Ich weiß nicht, warum Sie dieses Geschenk — ein solches ist es, das Ihnen von seinem Herzog entgegengebracht wird — als ein Danaergeschenk behandeln. Einmal sind der König von Preußen und seine Minister keine Danaer, die Sie zu fürchten hätten, und dann ist die Gefahr, daß dieses trojanische Pferd in seinem Innern etwa 5 ritterschaftliche Mitglieder mit nach Preußen einschmuggeln, doch keine so sehr gewaltige. (Heiterkeit.)

Abg. Hansen: Der Abg. Virchow hat bei der früheren Berathung behauptet, ein Blick auf die Karte Lauenburgs genüge, um zu beweisen, daß der Anschluß des Herzogthums an Hannover viel natürlicher sei, als an Schleswig-Holstein. Zur Widerlegung dieser Ansicht überreiche ich ihm hiermit eine von mir skizzirte Karte, die das Gegentheil beweist. (Heiterkeit.)

Abgeordneter Dr. Virchow: Ich werde diese Karte als eine werthvolle Erinnerung an diese welthistorischen Debatten in meinem Archiv niederlegen. Leider hätte Herr Hansen die große Mühe, die er auf die Karte verwendet hat, sparen können, denn er konnte sich wohl denken, daß ich mir selbst die Karte von Lauenburg angesehen habe. Ueberdies fehlt auf der Karte des Herrn Hansen gerade das Stück von Hannover, welches über die Elbe hinüberreicht. (Heiterkeit.) Was ich wünschte, war übrigens nur ein unzweifelhaftes Zeugniß, daß dieses Herzogthum nicht ewig in seiner welthistorischen Stellung bleiben soll; ob es an Hannover oder an Schleswig-Holstein angeschlossen wird, kommt dabei erst in zweiter Reihe in Betracht. — Dem Abg. Hammacher habe ich zu erwidern, daß ich mich gar nicht auf die gedachte Volks-Versammlung, sondern auf Privatmittheilungen berufen habe. Aber es scheint mir doch, daß der Abgeordnete Hammacher den verlesenen Zeitungsartikel etwas zu stark aufbauscht. Die Werthschätzung von Volksversammlungen ist ja immer sehr verschieden, aber sonderbar bleibt es doch, daß man sich von anderer Seite nicht bemüht hat, eine Gegenversammlung zu machen — indessen ich habe jene Versammlung nicht zu vertreten und wenn sie in der That einen komischen Ton angeschlagen hat, so liegt das vielleicht an dem niedersächsischen Geist, von dem der Ministerpräsident gesprochen und der sich anscheinend in dem kleinen Herzogthum konzentrirt hat. — Was endlich den Ministerpräsidenten selbst anlangt, so war ich nahe daran, den Präsidenten um Schutz anzurufen gegen die Wendung, daß ich Nachrichten aus dem Herzogthum „extrahirte" Meine Informationen sind mir ohne mein Zuthun zugegangen. Ich habe darauf hingewiesen, daß die Lesungen zu schnell aufeinander folgen, um eine Aeußerung der Bevölkerung des Herzogthums zu gestatten, ohne ein Urtheil auszusprechen, wohin sich die Majorität wenden werde. Bei dem Bekanntwerden neuer Strömungen hielt ich es für gerathen, das Urtheil bis zu einer erfolgten Aeußerung zu suspendiren. Geht aus dieser Aeußerung hervor, daß die Bewohner Lauenburgs sich in diese Bedingungen fügen, so werde ich nicht die Lauenburger gegen sich selber schützen. Geschieht das Gegentheil, so muß ich mir vorbehalten, bei der folgenden Berathung darauf zurückzukommen. Andererseits muß ich dem Ministerpräsidenten für die freundlichen Erwartungen danken, welche er für mich hegt. Ich hätte auch am liebsten über diese Angelegenheit geschwiegen, wenn ich mich nicht oft als Abgeordneter in der Zwangslage befände, das zu sagen, was kein anderer außer mir sagt. Auch habe ich mich nicht meiner früheren Stellung im Abgeordnetenhause und unserer ehemaligen Theilnahme für den Herzog von Augustenburg zu schämen, weil das eins der Mittel war, die preußische Politik aus ihrer impotenten Handhabung herauszureißen. Auch in den londoner Konferenzen wurde die gedachte Eventualität noch offen gehalten, bis der gegenwärtige Ministerpräsident sie beseitigte. Wir haben später die vollbrachten Thatsachen akzeptirt, ohne zuzugestehen, daß die damalige Stellung des Abgeordnetenhauses eine unfruchtbare und für die Geschichte des Vaterlandes unbedeutende gewesen sei. Vielleicht hätte ja der Ministerpräsident auch ohne diese treibenden Elemente des Abgeordnetenhauses die Wege eingeschlagen, die er nachher betreten hat; aber daß das Haus ihm in gewisser Weise vorangegangen ist sowohl bei dem Vorgehen gegen Dänemark, wie auch bei dem Vorgehen gegen Oesterreich, das wird er uns nicht bestreiten, und damit hat sich das Haus von 1862 und 1863 ein ehrendes Denkmal gesetzt. Diese Seite der Frage hat nun aber nichts damit zu thun, was jetzt in Beziehung auf Lauenburg geschehen soll. Wenn der Minister-Präsident sagt, es sei ein Geschenk, welches uns der Herzog von Lauenburg darbiete, so haben wir wirklich kein Interesse daran, solche Geschenke anzunehmen. Wir haben nur verlangt, es solle in regelmäßiger Weise ausgetragen werden, ob Real- oder Personalunion, daß aber durch einen blos einseitigen Akt der Krone diese Frage entschieden werden könne, hat das Abgeordnetenhaus immer geleugnet. Ich kann weder anerkennen, daß der Herzog von Lauenburg in regelmäßiger Weise in den Besitz des Landes gekommen ist, noch auch daß er in die Lage gekommen wäre, in regelmäßiger Weise das Herzogthum zu verschenken. Ich glaube nun, es liegen sehr wesentliche Gründe vor, welche es auch im Interesse des Herzogthums erscheinen lassen, bei Preußen zu sein, aber ich bin nicht schon jetzt in der Lage versichern zu können, daß ich nicht noch diese oder jene Bedingung vielleicht bei der letzten Lesung zu stellen habe. Ich bedauere selbst, wenn der Ministerpräsident dann nicht anwesend sein wird. Ich kann es nicht im Voraus zusagen, aber ich werde mich möglichst bemühen, über alles, was persönliche Fragen berühren könnte, hinwegzugehen und mich nur innerhalb des Rahmens der staatsrechtlichen Erörterung zu halten, welche uns vorliegt. (Beifall.)

Fürst Bismarck: Der Vorredner hat zunächst die Stellung des Abgeordnetenhauses in den Jahren 1863 bis 65 mir gegenüber wahren zu müssen geglaubt. Ich glaube, daß dies überflüssig war und daß ich Objektivität genug besitze, um mich in den Ideengang des Abgeordnetenhauses von den Jahren 1862 bis 1866 vollständig einleben zu können. Ich habe die volle Achtung vor der Entschlossenheit, mit der die damaligen preußischen Volksvertreter das, was sie für recht hielten, vertreten haben. Daraus mache ich Niemandem einen Vorwurf. Sie konnten nicht wissen und ich konnte Ihnen auch nicht sagen, worauf meiner Ansicht nach die Politik schließlich hinausgehen würde, und Sie hatten auch das Recht, falls ich es Ihnen hätte sagen können, mir immer noch zu antworten: uns steht das Verfassungsrecht des Landes höher, als seine auswärtige Politik. Ich bin, wie gesagt, weit entfernt gewesen, irgend Jemandem einen Vorwurf daraus zu machen. Wenigstens bin ich es jetzt, wenn ich es auch in der Leidenschaft des Kampfes nicht immer gewesen sein mag, und ich glaube, Sie werden mir gerechter Weise das Zeugniß nicht versagen können, daß ich meinerseits in den zehn Jahren, die seitdem in das Land gegangen sind, auch in gereizten Diskussionen an den damalligen Konflikt niemals erinnert habe. Ich habe alle Feindschaften von damals meinerseits vergessen und dafür die volle Versöhnung auf Grund des gemeinsamen landsmannschaftlichen Gefühls und dergleichen Liebe zum Vaterlande substituirt. Wenn das von allen anderen Seiten mir nicht in gleichem Maße entgegengetreten ist, so ist es gerade das Bedauern darüber, dem ich vorhin in einer vielleicht mißverständlichen oder unvollkommenen Weise Ausdruck gegeben habe. Was ich aussprechen wollte, ist nicht, daß der Vorredner mir vor 10 Jahren gegenübergestanden hat, sondern daß er mir jetzt gegenübersteht nicht nur sachlich, sondern auch prinzipiell und wie ich fürchte, sogar persönlich in einer Art, die ich in keiner Weise verdiene. Die Achtung, die ich vor ihm als einer wissenschaftlichen Größe und als einer der Existenzen habe, die unserem Vaterlande auf dem Gebiete der Wissenschaft zum Ruhme gereichen, ist bei mir viel größer, als die Empfindlichkeit, die ich auf politischem Gebiete mitunter berechtigt wäre, ihm gegenüber zu haben. Wenn er an dem Ausdruck „Geschenk" sich stößt, so habe ich damit nur sagen wollen, daß ich nicht glaubte, daß man in irgend einem anderen europäischen Lande soviel Schwierigkeiten haben würde, dem Staate einen so wohlgelegenen Zuwachs zuzuführen. Die jetzige rechtliche Lage ist doch auch nicht so prekär und unsicher, wie der Vorredner sie schildert. Die Personalunion von Lauenburg ist nicht nur durch die Verfassung des norddeutschen Bundes, sondern auch durch die Reichsverfassung sanktionirt und die Reichsverfassung sowie die Reichsgesetze sind ihrerseits auch für Preußen maßgebend. Wir befinden uns also in einem reichsverfassungsmäßig vollkommen legalisirten Zustande, so daß der König selbstständiger Herzog von Lauenburg bleiben kann, so lange er will; aber er hat seinerseits diese Absicht nicht. Wenn der Vorredner zweifelhaft gewesen ist, ob er die Hilfe des Präsidenten hätte anrufen sollen, weil ich ihm die Absicht zuschrieb, bis zur nochmaligen Berathung der Vorlage gegen mich und meine lauenburgische Politik Urtheile des Landes zu extrahiren, so glaube ich, kann man über den Unterschied der Tragweite dieser von mir gebrauchten Wendung und dessen, was der Vorredner wirklich sagte, doch nur in sehr spitzfindiger Weise rechten. Der Vorredner sagt: „Ich kann jetzt noch nicht reden, weil ich erst nach 3 Wochen Mittheilung aus dem Lande erwarte", oder wie er sich sonst ausdrückte; Thatsache war, daß er 3 Wochen Frist haben wollte, damit ihm diejenigen Mittheilungen aus dem Lande zugehen könnten, deren Urheber etwa noch Neigung haben sollten, sich mit ihm in Verbindung zu setzen. Wenn das hier öffentlich proklamirt und durch die Zeitungen verbreitet wird, die ja doch auch in Lauenburg von allen denen gelesen werden, die dort mit der gegenwärtigen Verwaltung nicht sympathisiren, so ist von dieser Erklärung, daß er bereit sei, solche Kundgebungen, welche ihm zugehen, hier bei der Berathung geltend zu machen, bis zu dem Wort „Extrahiren" kein so großer Abstand. Bei der großen wissenschaftlichen Bedeutung des Vorredners kann ich mir die etwas kleinliche Genugthuung einer geographischen Berichtigung ihm gegenüber nicht versagen: der Theil von Hannover, der über die Elbe hinausgeht, hängt nicht mit Lauenburg zusammen, es schiebt sich ein kleiner mecklenburgischer Gebietstheil dazwischen; allerdings gehörte früher ein westlich von der Elbe gelegenes, seit 50 Jahren zu Hannover gehöriges Stück zu Lauenburg. In Bezug auf die Insinuation, welche in der Resolution jener Volksversammlung über die Finanzen des Landes enthalten ist, möchte ich noch einige Worte sagen. Die lauenburgischen Finanzen sind außer-

ordentlich gut und gewähren einen erheblichen Ueberschuß. Es ist dies ein um so günstigeres Zeugniß für die Verwaltung des Landes, als Lauenburg bekanntlich von der Reichsregierung ziemlich stiefmütterlich behandelt worden ist. Lauenburg hatte einen Elbzoll und einen Transitzoll, die ihm zusammen 140,000 Thlr. jährlich einbrachten. Beides wurde bei der Herstellung des norddeutschen Bundes ohne Entschädigung aufgehoben und dadurch umsomehr die Finanzen des Landes in Verlegenheit gebracht, als Lauenburg schon kurz vorher unerwarteter Weise die 2½ Millionen dänischer Thaler, die Preußen im gasteiner Vertrag zu zahlen hatte, zu seinen lauenburgischen Staatsausgaben übernehmen mußte und dafür 85,000 Thaler jährlich zu zahlen hat. Es entstand also für dies kleine Land ein plötzlicher Ausfall von 220,000 Thlr. jährlicher Einnahmen, auf den es in Bezug auf den Elbzoll umsoweniger gefaßt sein konnte, als die in gleicher Lage befindlichen übrigen deutschen Staaten, wie Anhalt und Mecklenburg zwar nicht eine volle, aber doch erhebliche Entschädigung erhielten. Es war das eine Härte der Behandlung, die Lauenburg zu erfahren hatte, und die damals im Lande tiefe Bitterkeit erzeugte. Die lauenburgischen Finanzen mußten damals in Verlegenheit gerathen, und doch hat das Land den Ausfall der 140,000 Thaler ertragen, es hat die Verzinsung von 2½ Millionen getragen und doch nie ein Defizit gehabt. Das Land lieferte früher als Revenue-Ueberschuß an die dänische Krone jährlich eine Summe, die zwischen 150,000 und 250,000 Thalern gewechselt hat. Die baaren Ueberschüsse des Landes betrachtete man gewissermaßen als die Zivilliste des Königs von Dänemark, und dieser Umstand erklärt es, daß das Land diesen gefährlichen Stoß in seine Finanzen ohne Schiffbruch hat ertragen können, indem durch die Theilung, welche Se. Majestät der König mit dem übrigen Domanium vorgenommen hat, die königliche Zivilliste von diesem durchschnittlich 200,000 Thaler jährlich betragenden Ueberschuß auf den budgetmäßigen Betrag von 34,000 Thlr. järhrl. reduzirt worden ist, Se. Majestät sich also mit ca. 160,000 Thlr. weniger begnügt, als der frühere Landesherr. Daß Se. Majestät diese gewissermaßen reservirte Zivilliste, d. h. die Güter, auf denen sie fundirt ist, und die einen jährlichen Betrag von 34,000 Thlr. abwerfen, schließlich nicht sich selbst behalten, sondern mir als Dotation zu geben die Gnade gehabt hat, ändert an den Finanzverhältnissen des Landes nichts, denn Niemand würde dem Herzog hier eine Bemerkung haben machen können, wenn er aus dem reichen Lande eine Zivilliste oder ein Patrimonium von 34,000 Thlr. budgetmäßiger Revenüen sich jährlich reservirt hätte. Ich erwähne dies ausdrücklich, weil in den Volksversammlungen auch darüber eine Menge von Lügen kolportirt werden. Ich bin für diese Dotation, die mir im Lande von vielen Uebelwollenden vorgeworfen wird, ausschließlich Seiner Majestät dem Kaiser und Herzog von Lauenburg zu Dank verpflichtet, der die Gnade gehabt hat, sie mir aus seinem eigenen Vermögen zu gewähren.

Die Debatte wird hierauf geschlossen und § 2, sowie der übrige Theil des Gesetzes ohne weitere Diskussion in dritter Lesung vom Hause genehmigt.

Es folgt die erste Berathung des zwischen Preußen, Oldenburg und Bremen abgeschlossenen Vertrages wegen künftiger Unterhaltung der Schifffahrtszeichen auf der Unterweser.

Abg. Dr. Dohrn: Der vorliegende Vertrag ist das Resultat einer mehrjährigen Berathung und man kann wohl hieraus schließen, daß dem Abschlusse bedeutende Schwierigkeiten entgegengestanden haben. Der Vertrag besteht wesentlich aus zwei Theilen, die hier einheitlich zusammengefaßt worden sind; einmal handelt es sich um die Unterhaltung der Schifffahrtszeichen, welche jetzt nicht von Bremen allein, sondern von Preußen, Oldenburg und Bremen gemeinschaftlich getragen werden; andererseits aber um die Uebernahme der Anlage und Unterhaltung der Strandbefestigungen bei der Insel Wangerooge, deren Kosten zur Hälfte von Seiten des deutschen Reiches, zur Hälfte von den beiden andern Staaten getragen werden sollen. Die Einschiebung dieses zweiten mit dem Gegenstand des Vertrages nur lose zusammenhängenden Punktes macht für mich die Annahme der Vorlage sehr problematisch.

Handelsminister Dr. Achenbach: Zunächst will ich hier von diesem Vertrage konstatiren, daß die Verhandlungen über die Unterhaltung der Schifffahrtszeichen gleichsam unter direktem Einfluß des Reiches zu Stande gekommen sind und daß zu allen Schritten die Reichsbehörden ihre Zustimmung gegeben haben. Die lange Reihe von Jahren, die über diese Verhandlungen hingegangen, beweist, daß die äußersten Schwierigkeiten zu überwinden waren, und die Staatsregierung legt um so höheren Werth auf das Zustandekommen der Vorlage. Wenn der Vorredner es getadelt hat, daß die Strandbefestigung der Wangerooge mit in das Gesetz hineingezogen worden ist, so bemerke ich, daß dies auf Antrag Bremens geschehen ist. Auch die Reichsbehörden haben sehr großen Werth auf diesen Punkt gelegt, und sind auf Grund der Reichsaufsicht eingetreten, als die Verhandlungen ins Stocken geriethen. Ich glaube daher, daß eine schwere Schädigung der Interessen eintreten würde, wenn das Gesetz nicht zu Stande käme oder einen Aufschub erführe.

Abg. Dr. Hammacher: Es liegt hier in einem Punkte eine schwere Belastung des preußischen Staates vor, nämlich in Bezug auf die Strandbefestigung bei Wangerooge. Die Hälfte der Anlagekosten beträgt 583,250 Mark, und hiervon soll Preußen 3/6 tragen, Oldenburg dagegen nur 1/6 und Bremen 2/6. Ich weiß nicht, nach welchem Grundsatz diese Vertheilung der Kosten stattgefunden hat, und da wir nicht so ohne Weiteres den Etat mit Summen belasten können, ohne ihre Nothwendigkeit geprüft zu haben, der pathologische Zustand des Hauses aber einer solchen Prüfung wenig günstig ist (es herrscht während der Diskussion große Unruhe), so beantrage ich Ueberweisung der Vorlage an die Budgetkommission.

Das Haus tritt dem Antrage bei.

Der Gesetzentwurf, betreffend die Auflösung des Lehnsverbandes in der Provinz Westfalen wird auf den Antrag des Abg. Schmidt (Stettin), der auf die bereits erfolgte Zustimmung des Provinziallandtages auf die sorgfältige Durchberathnng im Herrenhause hinweist, en bloc angenommen.

Schließlich wird eine Reihe von Petitionen von Beamten um Aufbesserung der Gehälter und Gewährung von Wohnungsgeldzuschüssen nach dem Antrage der Budgetkommission durch Uebergang zur Tagesordnung erledigt.

Nächste Sitzung: Freitag 1 Uhr. (Mündlicher Bericht der Budgetkommission, betreffend die Aufstellung eines Plans der großen Staatsbauten; Petitionen 2c.) Schluß 4 Uhr.

Parlamentarische Nachrichten.

* **Berlin**, 4. April. Am künftigen Freitag wird, wie man der „Nat. Ztg." mittheilt, die Reichstagskommission für das Parlamentsgebäude zu einer Sitzung hier zusammentreten, in welcher der Vize-Präsident des Reichstages Dr. Hänel den Vorsitz führen wird. Die Kommission wird bei dem Beginn des Reichstages mit einem Bericht vor denselben treten, in welchem dargelegt werden soll, daß dieselbe ihrem Mandat in vollstem Umfange entsprochen hat. Aus naheliegenden Gründen müssen die Details der Berathungen nach wie vor der Oeffentlichkeit entzogen bleiben. Die Mitglieder der Kommission versichern auf das Bestimmteste, daß die Parlamentbauangelegenheit vor Ablauf der Legislaturperiode des Reichstages ihre endgültige Erledigung finden werde.

* In den Kommissionen des Abgeordnetenhauses, schreibt die „Trib.", ist in letzter Zeit häufig die unregelmäßige Theilnahme vieler Mitglieder an den Berathungen in sehr unliebsamer Weise hervorgetreten. Es ist deshalb nicht selten vorgekommen, daß die Abstimmungen durchaus nicht dem Gange der Debatten entsprachen. Seitens der nationalliberalen Fraktion ist man gewillt, auf die Einführung von Präsenzlisten in den Kommissionen hinzuwirken. Auch gegen einen andern Uebelstand will man versuchen einzuschreiten, nämlich gegen das oft Wochen lange Fernbleiben einzelner Mitglieder von den Arbeiten des Hauses ohne Nachsuchung eines Urlaubs. Wie man sich erinnert, war ein derartiger Fall zur Zeit, als der Geheimrath Wagener den Kreis Neu-Stettin im Hause vertrat, vielfach und mit Recht Gegenstand der Rüge.

* Aus dem (dem Abgeordnetenhause erstatteten) Kommissionsbericht über den Gesetzentwurf, betreffend die Befähigung zum höheren Verwaltungsdienst heben wir die Erörterung hervor, welche über die Stellung der Landräthe gepflogen wurde. Zunächst wiesen verschiedene Redner darauf hin, daß die Stelle des Landraths gegenwärtig ihrem Range und ihren Obliegenheiten nach zum höheren Verwaltungsdienst gehöre. Für die eigentliche Staatsverwaltung ist der heutige Landrath von viel größerer Bedeutung als derjenige der früheren Zeit; vor seiner staatlichen Stellung ist die kommunale mehr und mehr zurückgetreten. Die Regierungskommissare wollten dagegen an dem Regulativ von 1838 für die Prüfung der Landrathsamtskandidaten festhalten, da dasselbe sich bewährt habe. Viele sehr tüchtige Landrähe besäßen keine akademische Vorbildung und hätten keine der großen Staatsprüfungen gemacht. Uebrigens werde es ohne Zweifel Regel sein müssen, daß der anzustellende Landrath eine der beiden höheren Staatsprüfungen gemacht habe. Daß das schon jetzt der Fall sei, ergebe sich aus den Zahlen, welche der vorjährigen Kommission mitgetheilt wurden. Hiernach hatten von 321 Landräthen, die seit 1. Januar 1865 angestellt wurden, 213 die Qualifikation für den höheren Verwaltungsdienst, 25 für den höheren Justizdienst, 32 waren frühere Referendarien und 51 oder 15,6 Prozent waren ohne eine dieser Qualifikationen. Hierauf wurde entgegnet, das Regulativ von 1838 sei durchaus ungenügend. In demselben hat der König die Befugniß, die Landrathsamtskandidaten von jeder Prüfung zu dispensiren. Darauf wurde entgegnet, auch das darin vorgeschriebene Landrathsexamen entspreche nicht den Anforderungen, die an den heutigen Landrath zu stellen sind. In vielen Fällen sei auch die Verwaltung nicht berufmäßig vorgebildeter Landräthe keineswegs tadellos, der überwiegende Einfluß des Kreissekretärs auf die Geschäfte sei häufiger Gegenstand der Klage, besonders in den östlichen Provinzen. Seit den neuen Organisationsgesetzen sei aber das Bedürfniß gründlicherer Vorbildung noch mehr hervorgetreten. Es liege im Interesse einer guten Verwaltung, daß das wichtige Staatsamt des Landraths nicht zu oft mit der Verwaltung eines Gutes verbunden sei. Ein nicht gerade im Kreise mit Grundbesitz ansässiger Mann, der sich etwa in der Selbstverwaltung eines benachbarten Kreises bewährte, könne wohl der Kreisversammlung als der geeignetste Mann erscheinen. Auch werde, wenigstens in den westlichen Provinzen die Bedingung des Grundbesitzes sehr häufig umgangen. Die Kommission faßte schließlich den Beschluß, wonach die Stellen der Landräthe und der ihnen gleichstehenden Beamten als solche bezeichnet werden, für welche die Befähigung zum höheren Verwaltungsdienste erforderlich ist und fügte hinzu, daß die von einem Kreistage zu Landrathsstellen vorgeschlagenen resp. präsentirten Personen auch dann für befähigt zu erachten sind, wenn sie die zweite juristische Prüfung abgelegt haben.

* Die VIII. Kommission des Herrenhauses hat über den Gesetzentwurf, betreffend die Verwaltung der Gemeinden- und öffentlichen Anstalten gehörigen Holzungen in den Provinzen Preußen, Brandenburg, Pommern, Posen und Schlesien Bericht erstattet. Die Kommission hat folgende Beschlüsse gefaßt. Zunächst soll das Gesetz auch auf die Provinz Sachsen, welche im Regierungsentwurfe ausgeschlossen war, ausgedehnt werden. Zu § 3 hat sie als 4. Alinea hinzugefügt: Wenn die Gesammtfläche des Waldbesitzes einer Gemeinde, beziehungsweise öffentlichen Anstalt so gering ist, daß eine regelmäßige Bewirthschaftung nur mit unverhältnißmäßigen Opfern Seitens des Eigenthümers stattfinden kann, oder wenn die Betriebsverhältnisse so einfach sind, daß eine spezielle Nutzungsregulirung entbehrlich erscheint, so kann von der Aufstellung förmlicher Wirthschaftspläne Abstand genommen werden. In solchen Fällen genügt eine kurze Darstellung der Standorts- und Betriebsverhältnisse, sowie die Angabe über den Zeitpunkt des Abtriebs und über die Art der Wiederkultur. § 5 lautet nach den Beschlüssen der Kommission: Die festgesetzten Betriebspläne müssen alle 10 Jahre einer Revision unterworfen werden. Die Revision muß schon nach Ablauf von 5 Jahren erfolgen, wenn der Waldeigenthümer es verlangt, oder der Regierungs-Präsident dieselbe für erforderlich erachtet, während der ursprüngliche Entwurf sagt: Die Betriebspläne sind der Revision und erneuter Feststellung zu unterziehen, wenn dies von dem Waldeigenthümer beantragt wird. Mindestens alle zehn Jahre muß eine Revision stattfinden. Sodann ist ein neuer § 13 hinzugefügt folgenden Inhalts: Die aus der staatlichen Oberaufsicht über die Bewirthschaftung und Benutzung der den Gemeinden und öffentlichen Anstalten gehörigen Holzungen erwachsenden Kosten fallen der Staatskasse zur Last. Dem erweiterten Geltungsbereiche entsprechend hat der § 14 folgende Fassung erhalten: Dieses Gesetz tritt mit dem 1. Januar 1877 in Kraft. Alle demselben entgegenstehenden Bestimmungen, insbesondere die Verordnung vom 24. Dezember 1816, soweit sie für die Provinz Sachsen gilt, sind von diesem Zeitpunkte ab aufgehoben.

Brief- und Zeitungsberichte.

Berlin, 5. April.

— Der Kaiser und König hat, wie der „Reichsanz." schreibt, des fortdauernden Erkältungszustandes wegen die beabsichtigte Abreise nach Karlsruhe und Baden-Baden noch ausgesetzt.

DN. [Unter dem jüngeren diplomatischen Personal] des deutschen Reiches ist in diesen Tagen ein starker Wechsel eingetreten. Der Botschaftssekretär, Legationsrath v. Holstein in Paris, ist als Hülfsarbeiter in die politische Abtheilung des Auswärtigen Amtes berufen und erhält den Legationssekretär Stumm, bisher in München, zum Nachfolger. An Stelle des Letzteren kommt der Legationssekretär Graf August Dönhof von Petersburg nach München und wird dort durch den Legationssekretär Prinzen Franz v. Arenberg ersetzt. Die seit einiger Zeit erledigte Stelle des Gesandtschaftssekretärs in Bern ist dem Legations-Sekretär Grafen Herbert v. Bismarck-Schönhausen übertragen worden. Der Legationsrath Graf v. Berchem in Madrid ist zum Nachfolger des als Generalkonsul nach Bukarest bestimmten Botschaftsraths v. Alvensleben in Petersburg ernannt und hat den zweiten Botschaftssekretär in Wien, v. Tümpling, zum Nachfolger erhalten, dem in Wien der bis jetzt der Botschaft am russischen Hofe zugetheilte Legationssekretär v. Bükow sukzediren wird. An Stelle des Fürsten Lynar ist der Legationsrath v. Derenthall zum Botschaftsrath in Rom ernannt, ihm wird in Konstantinopel der Legationsrath Graf Radolinsky, bis jetzt in Dresden, folgen.

— Der „Post" zufolge wäre die unlängst erwähnte Kommission zur Untersuchung der durch die Ueberschwemmung verursachten Nothstände nicht zur Prüfung der allgemeinen Verhältnisse, sondern nur zur Ermittelung der Ursachen der Ueberschwemmung in Schoenebeck und zur Berathung darüber berufen, was gethan werden muß, um einem derartigen Unglück für die Folge vorzubeugen. Im Uebrigen wird das genannte Blatt informirt, daß zur Feststellung des durch die Ueberschwemmungen angerichteten Schadens die Oberpräsidenten zum schleunigsten Bericht aufgefordert seien, daß aber diese Berichte noch nicht vollständig erstattet sind und auch noch nicht vollständig haben erstattet werden können, da in einzelnen Gegenden eben das Wasser noch steht und sich somit auch noch nicht übersehen läßt, welcher Schaden durch dasselbe angerichtet worden.

— Nach den Zusammenstellungen des Reichskanzleramtes sind in den Fabriken nahezu 88,000 jugendliche Arbeiter beschäftigt. Hiervon fallen auf Preußen 47,500, also etwa 1,8% der durch die Volkszählung vom Jahre 1871 in diesem Staate ermittelten 2,500,000 Personen im Alter von 12—16 Jahren; auf Bayern 5600 oder 1,3% der Gesammtzahl von 437,000, auf Sachsen 17,000 oder 6,5% von insgesammt 257,000, auf Württemberg 3000 oder 1,6% von 164,500 Personen des entsprechenden Alters. Von den jugendlichen Arbeitern gehören 24% der Altersklasse von 12—14 Jahren, 76% derjenigen von 14—16 Jahren an; 60% sind Knaben, 40% Mädchen. In der Textilindustrie sind 54,000, also 40% der jugendlichen Arbeiter beschäftigt (in Preußen 14,000, in Bayern 3100, in Sachsen 10,500, wovon in Zwickau allein 8000) in Württemberg 1850, in Baden 2300 u. s. w. In den Berg- und Hüttenwerken sind 14,800 und ebenso viel in den Tabak- und Zigarrenfabriken. Von den in den Berg- und Hüttenwerken beschäftigten fallen 80% auf Preußen, auf Sachsen 9%; von denen in Cigarren-Fabriken beschäftigten kommen dagegen auf Preußen nur 43%, auf Baden 24, auf Sachsen 15, auf Hessen 6, auf alle übrigen Staaten zusammen 12%. Die Zahl der in den Fabriken beschäftigten Arbeiter (566,500 Männer, 226,000 Frauen, 88,000 jugendliche Arbeiter) beträgt 880,500, die jugendlichen Arbeiter bilden davon den zehnten Theil. Der Wochenlohn der Arbeiter im Alter von 12—14 Jahren schwankt in sehr weiten Grenzen zwischen 1—9 Mk., der in der zweiten Altersklasse zwischen 1,50 und 13,50 Mk. Der höchste Lohn scheint den jugendlichen Arbeitern in den Ziegeleien gewährt zu werden.

— Die „Voss. Ztg." schreibt: „Wer irgend noch über das Ziel der berliner Schutzzoll-Agitatoren im Zweifel war, der erhält genügende Aufklärung durch ein an die selbstständigen Handwerker Berlins gerichtetes Zirkular der Kommission des Vereins selbstständiger Handwerker, in welchem die Ursachen des jetzigen Verfalls des Handwerks und der Geschäftsstockung dargelegt werden. Der „immer weiter um sich greifende Verfall des Handwerks" wird zum großen Theil der Gewerbegesetzgebung, die Geschäftslosigkeit dem Börsenschwindel, Gründerthum und einer Handelspolitik zugeschrieben, „die bisher durchaus nicht fördernd auf unsere heimathliche Arbeit wirkte". Wir übergehen noch allerlei Vorschläge zur Linderung des industriellen Nothstandes, welche einzig und allein darauf berechnet sind, den Handwerker- und Arbeiterstand für die schutzzöllnerischen Tendenzen zu gewinnen; am Schlusse des Zirkulars heißt es: „Sollten unsere bisherigen Vertreter nicht gewillt sein, auf unsere gerechten Forderungen einzugehen, so werden wir auch im Handwerkerstande Männer finden, welche durch Fähigkeit, praktische Erfahrung und Interesse an unserem Wohlergehen geeignet sind, und sicherlich werden wir keinen Fehlgriff thun u. s. w." Zu demselben Kapitel meldet die „Nat.-Ztg.": „Am Freitag Abend fand hier eine Versammlung der Obermeister, Vorstandsmitglieder und Repräsentanten sämmtlicher Innungen Berlins statt, welche von dem Zentral-Komite der selbstständigen Handwerker und Fabrikanten Deutschlands berufen war und sich ausschließlich mit der Stellungnahme des deutschen Handwerker- und des kleinen Fabrikantenstandes zu den bevorstehenden Reichs- und Landtagswahlen beschäftigte. Die Debatte war eine sehr lebendige und die Klagen über die jetzige Volksvertretung, in der nur die Interessen der jetzt die Oberhand habenden wirthschaftlichen Partei zum Nachtheil des Gewerbestandes vertreten würden, sehr nachdrückliche. Es wurde der Beschluß gefaßt, kräftig in die Wahlbewegung mit hineinzugreifen und schon jetzt mit allen Mitteln die Agitation zu beginnen und die Bestrebungen des Handwerkerstandes in Vereinen 2c. öffentlich klar zu legen, damit die Gegner desselben nicht noch ferner in der Lage bleiben, die Handwerker mit dem Schimpfnamen „Zünftler" dem Haß und der Lächerlichkeit preiszugeben."

— Zwei Zeitungen — schreibt die „Trib." — kamen am 4. d. unter den Hammer, von denen die eine, die „Deutsche Schneiderzeitung", zwar noch ein Gebot erfuhr, das aber zu ihrer früheren guten Rentabilität in keinem Verhältniß stand; sie wurde von dem früheren Besitzer für 297 Mark durch eine dritte Person angekauft. Die zweite Zeitung, „Saling's Börsenblatt", ging schon Anfangs vorigen Jahres, von Druckerei zu Druckerei sich schleppend, zu Grunde, nachdem die Begründer dieses Organs, die Herren Saling und Buchhändler Weidling, kurz vor dem Krach das Blatt für 360,000 Mark verkauft hatten. Jetzt ist es unter dem Hammer für 60 — sage sechzig Mark fortgegangen. Der spätere Inhaber, ein Gutsbesitzer aus Westpreußen, setzte Alles — selbst sein Rittergut — daran, um es zu halten, aber vergebens. Die Speculation hatte ihn und sein Blatt in den Strudel des Verderbens fortgerissen.

Wiesbaden, 2. April. Der hiesigen altkatholischen Gemeinde war durch Entscheidung des Oberpräsidenten vom 30. Dezember v. J. der Mitgebrauch der hiesigen katholischen Pfarrkirche gestattet und die dagegen seitens der Ultramontanen erhobene Berufung vom 15. Januar durch den Kultusminister unterm 23. d. zurückgewiesen worden. In Folge dessen nahmen heute die Altkatholiken von der Kirche Besitz. Darüber wird vom „Frnkf. Journ." Folgendes gemeldet:

Schon von 9 Uhr an war der Louisenplatz, auf welchem die katholische Kirche steht, von einer großen Menschenmenge bedeckt, und gegen 11 Uhr mochten mehrere Tausend Menschen versammelt sein. Als der Zeitpunkt der Besitznahme der Kirche gekommen war, erhob die Polizei-Behörde bei dem römisch-katholischen Kirchen-Vorstande die Schlüssel zur Kirche; allein dieselben waren über Nacht dienstunbrauchbar geworden, und man vermochte mit denselben die Thüren nicht zu öffnen. Auch die Thür-Schlösser waren mit Steinen verkeilt, so daß die Anwendung von Dietrichen 2c. unmöglich war. Die Polizei-Behörde legte nun selbst Hand an und öffnete gewaltsam die Haupt-Eingangsthür und eine Nebenthür, Unter Hurrah-Rufen vollzog sich diese Besitznahme, und in einigen Minuten war die große Kirche bis auf den letzten Platz gefüllt. Altar und Kanzel fand man schwarz behängt, die Fahnen u. s. w. waren verschwunden; aber noch vorhanden war die bretterne Wand, welche den früher für die Altkatholiken bestimmten Theil der Kirche kennzeichnete. Das schwarze Behängsel an Altar und Kanzel wurde sofort entfernt und nunmehr die Kirche durch die Polizei-Behörde dem Vorstande des Altkatholischen Vereins zur Verfügung gestellt. Der von Bischof Reinkens abgehaltene Gottesdienst verlief ohne jegliche Störung. Die Kirche wird vorläufig polizeilich bewacht.

Dresden, 2. April. Das in diesen Tagen zur Vertheilung an die Abgeordneten gelangte Gesetz (bereits erwähnte) zur Regelung der Staatsaufsicht über die katholische Kirche zieht die Grenzen zwischen kirchlichem und staatlichem Gebiete scharf und streng, läßt der katholischen Kirche die ihr gebührende Freiheit in ihren inneren Angelegenheiten, wehrt ihr aber entschieden jeden Uebergriff auf staatliches und bürgerliches Gebiet, unterstellt sie auch in wichtigen Beziehungen, z. B. hinsichtlich der Anstellung und der Amtirung ihrer Geistlichen, ebenso in Betreff ihrer Vermögensverwaltung, einer wirksamen Kontrolle seitens des Staats. Man muß dem Minister v. Gerber die Anerkennung zollen, — schreibt die „W. Z.", — daß er, der ehemalige namhafte Kirchenrechtslehrer, sich auch als Gesetzgeber unbefangen und konsequent auf diesem Standpunkte gehalten und durch keine einseitigen Rücksichten davon hat abbringen lassen; noch höhere Anerkennung aber gebührt dem katholischen Monarchen, der offenbar in gleich unbefangenem Sinne die Hand zu dieser strengen Regelung der Verhältnisse seiner Kirche geboten hat. Eine unmittelbare praktische Nöthigung zu dieser Regelung lag in Sachsen nicht vor, da, bis auf vereinzelte Vorgänge, ein „Kulturkampf" hier nicht bestand, namentlich die oberste katholische Behörde sich verständig und gemäßigt benahm, auch ein älteres Gesetz das Nothwendigste rücksichtlich der Staatshoheit über die katholische Kirche bereits vorkehrte. Dennoch hat man dem im vorigen Landtage von der zweiten Kammer kundgegebenen Wunsche nach einer Revision jenes Gesetzes stattgegeben. In Berlin wird man dieses Vorgehen der Gesetzgebung eines unter einer katholischen Dynastie stehenden Nachbarlandes, das so manche Berührungspunkte mit den neuesten preußischen Kirchengesetzen bietet, nicht ungern sehen, und so dürfte dies dazu dienen, der kleinen Mißstimmung oder Erkaltung, die etwa durch die Haltung Sachsens in einer andern Frage dort hervorgerufen, ein Gegengewicht zu bie-

ten. Im Lande selbst wird das Gesetz unstreitig günstig aufgenommen werden. Die katholische Geistlichkeit (von der ein Theil, der apostolische Vikar an der Spitze, sich bisher von Fanatismus fern gehalten und nur ein Theil, namentlich der jüngere, bisweilen versucht hat, als ecclesia militans aufzutreten) wird, wenn sie klug ist, das Gesetz ruhig hinnehmen und sich seinen Anordnungen fügen.

Stuttgart, 2. April. Seit einigen Tagen ist hier, wie man der „N. Z." schreibt, die Nachricht verbreitet, die sich auf gute Quellen zurückführen läßt, daß uns in diesem Herbste der Besuch des deutschen Kaisers bevorstehen soll. Die Freude hierüber ist eine ganz außerordentliche, denn schon lange war es ein sehnlicher Wunsch der Stuttgarter, den Kaiser auch einmal in der schwäbischen Hauptstadt begrüßen zu dürfen. So viel bis jetzt bekannt ist, soll es in der Absicht des Kaisers liegen, am 21. September hier einzutreffen, um an den darauf folgenden Tagen den Manövern des 13. Armeecorps beizuwohnen, die in unmittelbarer Nähe von hier stattfinden werden. Man kann sich denken, daß unsere Truppen und ganz besonders das Offiziercorps mit fieberhafter Freude diesem Augenblick entgegensieht, denn es ist das erste Mal, seit sie ganz eingereiht sind in den Rahmen der deutschen Armee, daß ihnen die Ehre zu Theil wird, ihre Leistungen vor den Augen des Kaisers entwickeln zu dürfen. Dem scharfen Kennerblick des Kaisers werden die Fortschritte nicht entgehen, die hier gemacht wurden, seit er zuletzt die württembergische Division vor Paris besichtigte."

Lemberg, 3. April. Der Ruthene Antoniewicz klagte im galizischen Landtage über die Mißwirthschaft im Landesausschusse. Zahlreiche Subventionen und Unterstützungen werden fortwährend und selbstverständlich nur für polnische Zwecke aus den Landesfonds gewährt. Die Ruthenen beantragen, es sei der Landesausschuß anzuweisen, Vorschläge wegen geeigneterer Verwaltung und Kontrole der Landesfonds einzubringen. Nach lebhafter Debatte wird der Antrag abgelehnt. Tetmaier beantragte die Errichtung eines Realgymnasiums in Neumarkt. Die in der vorigen Landtagssitzung eingebrachten Initiativ-Anträge wurden nach vorgenommener erster Lesung den Kommissionen zugewiesen. Der Rechnungsabschluß des Landesfonds wurde nach Ablehnung des seitens der Ruthenen gegen den Landesausschuß beantragten Mißtrauens genehmigt.

Rom 31. März. Der neue Polizeichef hat, als eine der ersten seiner Amtshandlungen, die Ausweisung einer schönen fremden Dame verfügt, die der bekannten amerikanischen Tänzerin Fanny Lear, welche, nachdem sie in Folge der Liaison, welche ein russischer Großfürst mit ihr angeknüpft, das Reich des Czaren hatte verlassen müssen und nach dem Süden gekommen war, um einen Ersatzmann für diesen zu suchen. Sie fand ihn in der Blumenstadt am Arno-Strande in dem Sohne der Gräfin M., welche mit dem Könige morganatisch vermählt ist, brannte mit ihm nach Neapel durch, obwohl sie wußte, daß derselbe mit einer Tochter aus dem Grafenhause Larderel verehelicht ist. Seine Mutter erfuhr von dem Abenteuer und rief ihn nach Rom zurück, in dessen Nähe sie mit dem Könige ein Landschloß bewohnt. Fanny Lear aber reiste heimlich ihrem Geliebten nach Rom nach und bezog hier ebenfalls heimlich eine Wohnung. Auch diese entdeckte die Gräfin M. und ersuchte den Minister, Baron Nicotera, die Ausweisung der gefährlichen Person zu befehlen. Dieser beauftragte den Questor von Rom damit, ersuchte ihn, sie zur Eisenbahn zu begleiten und ihr Reisegeld nach München zu geben, denn dort will die Dame angeblich nun Wohnung nehmen und ist bereits auf dem Wege dahin.

Newyork, 18. März. Heute fand ein Leichenbegängniß statt, dem, wenn es auch ganz einfach verlief, doch der beste Theil unserer deutschen Bevölkerung mit einiger Theilnahme folgte. Die Popularität von Karl Schurz, so berichtet von hier ein Korrespondent der „W. Z.", zeigte sich wieder einmal recht deutlich, als vor drei Tagen die Nachricht sich verbreitete, er habe seine Frau verloren; überall Zeichen wahrer Sympathie auch in angloamerikanischen Kreisen, am deutlichsten natürlich in der Presse. Die „Westliche Post" vom 16. d. Mts. bringt an der Spitze des Blattes folgenden Nachruf: „Gestern Nachmittag starb in Newyork, 41 Jahr alt, die liebenswürdige und hochbegabte Gattin von Karl Schurz, nachdem sie ihm durch 24 Jahre in Freud und Leid, in Glück und Noth eine treue Lebensgefährtin gewesen. Eine geborene Margarethe Meyer aus dem großen hamburger Fabrik- und Handelshause H. C. Meyer, hatte sie Juli 1852 Schurz als Flüchtling in London geheirathet und ihn dann nach Amerika begleitet, wo sie ihm in seinem wechselnden Schicksale verständnißvoll zu folgen und dem für ein inniges Familienleben so überaus empfänglichen Manne eine schöne Häulichkeit zu bereiten wußte.

Lokales und Provinzielles.

△ **Pinne** 4. April. [Industrielle Stockung.] Die traurige Stockung von Handel und Industrie äußert sich auch im hiesigen Kreise. So ist beispielsweise der hies. Kaufmann Herr A. Borchardt genöthigt, den Betrieb seiner Ziegelei, da fast sein ganzer vorjähriger Vorrath an gebrannten Ziegeln bisher keinen Käufer gefunden hat, für das laufende Jahr einzustellen.

.—r. **Wollstein,** 4. April. [Statistisches.] In den letzten Nummern unseres Kreisblatts hat unser Distriktskommissarius Herr Weßling eine Zusammenstellung der materiellen Verhältnisse der einzelnen bäuerlichen Gemeinden seines Distrikts zur öffentlichen Kenntniß gebracht, um den Interessenten, so wie den Behörden einen Anhalt zu bieten, sich von der Belastung und Besteuerungsfähigkeit ein Bild zu machen, Vergleiche anzustellen und Schlüsse ziehen zu können. In den 24 bäuerlichen Gemeinden des Distrikts befinden sich 7,873 Seelen mit 1,333 Haushaltungen, welche sich in 68 Ganzhüfner, 64 Dreiviertelhüfner, 264 Halbhüfner, 133 Viertelhüfner, 514 Häusler und 290 Arbeiter zertheilen. Die Familien zusammen haben einen Grundbesitz von 7,341 Hektaren Land mit 47,813 M. Reinertrag, worauf 827,275 M. Schulden lasten. Sie besitzen 721 Pferde und 2,734 Stück Rindvieh. Von qu. 1,333 Haushaltungen sind 630 klassensteuerfrei, so daß nur 703 Familien Steuern zahlen, und zwar: 330 in der ersten, 152 in der zweiten, 55 in der dritten, 89 in der vierten, 47 in der fünften, 11 in der sechsten, 13 in der siebenten, 3 in der achten, 1 in der neunten und 2 in der elften Stufe, zusammen also werden 5,205 M. Klassensteuer entrichtet. Ferner zahlen dieselben jährlich 4,649 M. Grund-, 1,632 M. Gebäude- und 631 M. Gewerbesteuer. Renten 16,912 M. Kanalbeiträge 1,493 M., Provinzial- und Kreiskommunallasten 12,827 M., Feuersozietätsbeiträge 5,191 M., zur Unterhaltung der Kirchen 2,651 M. und für die Schulen 9,224 Mark, zusammen eine Steuerquote 60,415 M. jährlich.

Staats- und Volkswirthschaft.

** **Von fremden Weinen** sind nach der „Germ." im Jahre 1874 in Deutschland in runder Summe netto 1,110,000 Zentner, deren Werth annähernd auf 60,000,000 Mark zu veranschlagen ist, zum Verbrauch eingegangen. Im Jahre 1873 hatte die Menge 1,393,000 Zentner mit einem geschätzten Werthe von 66,400,000 Mark betragen. Dem Jahre 1874 gegenüber zeigt sich somit eine nicht unerhebliche Verminderung des Gebrauchs fremder Weine. Diese Erscheinung dürfte allerdings zumeist eine Folge der während des Jahres 1874 herrschenden Geschäftsstille und theilweisen Verdienstlosigkeit der Bevölkerung sein, indeß kann sie zum Theil auch durch das günstige Ergebniß der einheimischen Weinernte im Jahre 1874 erklärt werden. Der Hauptmasse nach waren die fremden Weine französischen Ursprungs. Dies ist nicht allein von den über die Grenze gegen Frankreich und Belgien eingeführten Mengen, welche nach einer Uebersicht 45 Prozent des gesammten Einfuhrquantums betragen haben, unbedingt anzunehmen, sondern gilt in der Hauptsache auch von den über die Seegrenze von den deutschen Zollausschüssen und den Niederlanden aus eingegangenen Weinquantitäten, da nach den Uebersichten über den Waarenverkehr zur See nachweislich etwa 70 Prozent der Gesammtmenge der seewärts eingeführten Weine aus französischen Häfen gekommen sind. Die im Jahre 1874 aus Frankreich zum Konsum bezogenen Weinmengen dürften hiernach zu mindestens 800,000 Zentn. veranschlagt werden, und im Großen und Ganzen kann man annehmen, daß etwa ¾ der zum Verbrauch eingeführten fremden Weine französischen Ursprungs ist. Wir zahlten demnach im Jahre 1874 an Frankreich 45 Millionen Mark allein für Wein.

Wien, 5. April. Die Einnahmen der franz.-österr. Staatsbahn betrugen am 1. und 2. April 153,392 Fl.

Vermischtes.

* **Ein kolossaler Prozeß,** bei welchem mehr als 200 Zeugen auftreten werden, wird sich in den nächsten Tagen vor dem Gerichtshofe in Paris abspielen. Ein bekannter Zahnarzt, welcher in einer der besuchtesten Stadttheile wohnt, und dessen Name vorläufig noch verschwiegen wird, wurde verhaftet und nach dem Gefängnisse von Mazas geführt. Er ist beschuldigt, seit einigen Jahren in Paris im Einverständniß mit dritten Personen vergiftet zu haben, welche ihm die gedachten Personen zuführten. Der Zahnarzt empfing die Opfer, welche sich von ihm einen Zahn ausziehen oder eine andere Operation im Munde vornehmen ließen. So wie das vorüber war, mußten sie alle fünf bis sechs Tage zu ihm kommen, um sich seiner Behandlung zu unterziehen. Diese Behandlung bestand darin, daß er ihnen kleine Dosen Gift gab, und mehrere aufeinandergefolgte Todesfälle zogen die Aufmerksamkeit der Gerichte auf sich. Man soll bereits die Schuld mehrerer Personen konstatirt haben, welche sich Erbschaften zuschanzen wollten und sich deshalb in's Einvernehmen mit dem Hauptschuldigen setzten, und mehr als 200 Zeugen sind von dem Instruktionsrichter entweder schon vernommen oder werden noch vernommen werden. Die Sache macht außerordentliche Sensation in Paris.

* **Billard-Tournier.** Im Konzertsaale des Grand Hotel zu Paris haben sich am 1. April in Gegenwart von 6—800 Zuschauern die beiden größten Billardspieler der Welt, Herr Vignaux aus Toulouse und Herrn William Sexton aus New-York, in einer Carambolagepartie von 600 Points gemessen. Herr Vignaux hatte in einem Billardtournier in New-York einen Ehrenbecher im Werthe von 3000 Fr. gewonnen; diesen machte ihm jetzt der Amerikaner streitig und setzte dagegen 5000 Fr. ein. Der Kampf fand auf einem Billard statt, welches Sexton mit Einwilligung seines Gegners eigens aus Amerika mitgebracht hatte. Zahlreiche Wetten, die sich im Ganzen auf mehr als 50,000 Fr. beliefen, waren engagirt. Die Partie, welche um 9 Uhr begann, währte 3½ Stunden und wurde von Herrn Vignaux gewonnen. Sein Gegner brachte es nur auf 468 Points. Einige imposante Serien gestalteten den Kampf zu einem äußerst dramatischen: Vignaux hatte solche von 102 und 104, Sexton von 75 und einmal sogar von 120 Points. Mehrere Amerikaner, die ihren Champion voll Vertrauens auf den Kampfplatz begleitet hatten, gingen in tiefer Niedergeschlagenheit von dannen, als Vignaux feierlich für den ersten Billardspieler des Erdballs (?) proklamirt wurde.

* **Der erste April.** Die sonderbare Sitte des „In April schicken" ist mit Ausnahme von Portugal und Spanien in ganz Europa verbreitet. Die sämmtlichen Versionen über den Ursprung dieser Sitte würden einen stattlichen Band füllen. Man hat zur Mythologie des klassischen Alterthums zurückgegriffen, um diese Sitte zu erklären. Von allen diesen Versionen scheint jedoch jene, welche der Fopp-Sport des 1. April mit einer „Finanzkrise" im Mittelalter in Verbindung bringt, besonders interessant. Auf dem Reichstage in Augsburg in Jahr 1530, an welchem die protestantischen Fürsten Kaiser Karl V. ihr Glaubensbekenntniß überreichten, sollte nebst den Religions-Streitigkeiten auch das Münzwesen geregelt werden. Der Reichstag fand jedoch nicht die nöthige Zeit, und es wurde deshalb für den 1. April ein besonderer Münztag ausgeschrieben. Dieser Termin war nun das Ziel zahlreicher und großartiger Spekulationen. — Der erste April kam — aber der versprochene Münztag wurde nicht abgehalten. In Folge dessen entstand eine finanzielle Krise. Die Mehrzahl der Spekulanten, die dadurch ihr Geld verloren, wurden auch noch als „angeführte Narren" weidlich ausgelacht. Und seither entstand die Sitte des Aprilschickens.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Julius Wasner in Posen.
Für das Folgende übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Telegraphische Nachrichten.

Pest, 5. April. Der „Pester Lloyd" ist in der Lage, versichern zu können, daß die Nachricht der „Times", wonach der russische Botschafter in Wien seinen Posten zu verlassen gedächte, weil Mißhelligkeiten zwischen ihm und dem Grafen Andrassy entstanden wären, sowohl in ersterer, wie in letzterer Beziehung jeder Begründung entbehre.

Ragusa, 4. April. Nach Meldungen aus südslavischer Quelle haben die Insurgenten für Niederlegung der Waffen folgende Forderungen gestellt: Entfernung der türkischen Nizamtruppen, Lebensmittel auf ein Jahr, Material zum Wiederaufbau ihrer Wohnungen, das Recht, Waffen zu tragen und die Garantie der Großmächte.

Paris, 5. April. Das „Journal offiziel" publizirt ein Dekret, welches den Termin für die Eröffnung der internationalen Weltausstellung in Paris auf den 1. Mai 1878 anberaumt. — Dasselbe Journal veröffentlicht das Gesetz, betreffend die Aufhebung des Belagerungszustandes in den noch übrigen vier Departements. — Die Budgetkommission hat Gambetta zum Vorsitzenden gewählt.

Madrid, 4. April. Nach einer Mittheilung des „Impartial" will der Finanzminister Salaverria die 3 verfallenen Coupons der spanischen Schuld in Titel der konsolidirten Schuld zum Werthe von 50 pCt. konvertiren, für 2 Milliarden Realen Hypothekenscheine ausgeben und eine Anleihe bei der Banco de Espagna kontrahiren, welche letztere dafür 20 Jahre lang gewisse direkte Staatssteuern für sich vereinnahmt.

London, 4. April. Die Große Jury des Central-Kriminal-Gerichtshofes hat sich für Erhebung der Anklage gegen den Kapitän der „Franconia", Ferdinand Keyn, ausgesprochen. Die Verhandlungen der Assisen beginnen voraussichtlich morgen.

Newyork, 5. April. Die Ernennung Dana's zum Gesandten der Union in England ist nunmehr definitiv vom Senate abgelehnt worden.

Telegraphische Börsenberichte.

Fonds-Course.

Frankfurt a. M., 5. April. Die Spekulation verhielt sich reservirt, österreichische Bahnen theilweise etwas niedriger.

[Schlußkurse.] Londoner Wechsel 204, 95. Pariser Wechsel 81, 25. Wiener Wechsel 173, 90. Böhmische Westbahn 155. Elisabethbahn 134¼. Galizier 164¾. Franzosen*) 230¼. Lombarden*) 86⅛. Nordwestbahn 116. Silberrente 61. Papierrente 58⅝. Russ. Bodenkredit 86⅜. Russen 1872 —. Amerikaner 1885 101½. 1860er Loose 107½. 1864er Loose 276, 00. Kreditaktien*) 133. Oesterr. Nationalbank 762, 00. Darmst. Bank 106½. Berl. Bankverein 80⅛. Frankfurter Wechslerbank 77½. Oest. Bank 91⅜. Meininger Bank 80¼.

*) per medio resp. per ultimo.

Hess. Ludwigsbahn 99⅜. Oberhessen 73⅛. Ung. Staatsloose 157, 50. Ung. Schatzanw. alt 90¼. do. do. neue 88¾. do. Ostb.-Obl. II. 63¾. Centr.-Pacific 91¾. Reichsbank 156.

Nach Schluß der Börse: Kreditaktien 134, Franzosen 232, Lombarden 87, 1860er Loose —, Nordwestbahn —.

Wien, 5. April. Sgekulationswerthe und Bahnen matt, Renten, Prioritäten und Anlagewerthe fest, Devisen sehr steif.

[Schlußkurse.] Papierrente 67, 00. Silberrente 70, 65. 1854er Loose 104, 75. Nationalbank 877, 00. Nordbahn 1790. Kreditaktien 153, 70. Franzosen 265, 00. Galizier 189, 50. Kasch.-Odrb. 111, 00. Pardubitzer 128, 00. Nordwestb. 135, 50. Nordwestb. Lit. B. 47, 00. London 117, 25. Hamburg 57, 10. Paris 46, 40. Frankfurt 57, 10. Amsterdam 96, 90. Böhm. Westbahn —, —. Kreditloose 158, 75. 1860er Loose 110, 00. Lomb. Eisenb. 101, 25. 1864er Loose 132, 00. Unionbank 65, 50. Anglo-Austr. 69, 10. Napoleons 9, 36. Dukaten 5, 51. Silbercoup. 102, 30. Elisabethbahn 155, 20. Ung. Präml. 72, 00. D. Rchsbknt. 57, 60.

Türkische Loose 19, 50.

Nachbörse: Schwach. Kreditaktien 156, 90, Franzosen 169, 00, Lombarden 103, 00, Galizier 189, 50, Anglo-Austr. 17, 10, Unionbank 65, 25, Ungar. Kredit 138, 50, Napoleons 9, 32½.

Abendbörse. Kreditaktien 154, 00, Franzosen 266,00, Galizier 189, 75, Anglo-Austr. 68, 80, Unionbank 64,00 exkl., Lombarden 102, 00, Ungarische Kredit 137, 00, Egypter 105, 00 exkl., Papierrente —, —, Napoleons 9, 36. Nach ziemlicher Festigkeit wieder matt.

London, 5. April, Nachm. 4 Uhr. Konsols 94 13/16. Ital. 5proz. Rente 71⅛. Lombarden 8¾. 3proz. Lombarden-Prioritäten alte —. 3proz. Lombarden-Prioritäten neue — ex. 5proz. Russen de 1871 95⅛. 5proz. Russen de 1872 97⅜. Silber 53¼. Türk. Anleihe de 1865 15 7/16. 5proz. Türken de 1869 17⅛. 6proz. Vereinigt. St. pr. 1885 106⅛. do. 5proz. fund. 106⅜. Oesterr. Silberrente 60½. Oest. Papierrente 58½. 6proz. ungarische Schatzbonds 88. 6proz. ungar. Schatzbonds II. Emiss. 86¼. 5proz. Peruaner 26. Spanier 17⅜. Platzdiskont 2¾ pCt.

In die Bank floßen heute 68,000 Pfd. Sterl.

Paris, 5. April. Ruhig; geringes Geschäft,

[Schlußkurse.] 3proz. Rente 67, 17½, Anleihe de 1872 105, 65, Italienische 5 pCt. Rente 71, 55, do. Tabaksaktien, — —, do. Tabaksobligationen —, —, Franzosen 576, 25, Lombard. Eisenbahn-Akt. 222, 50, do. Prioritäten 240, 00, Türken de 1865 15, 70, do. de 1869 95, 00, Türkenloose 45, 00.

Crédit mobilier 190. Spanier extér. 17, 31, do. intér 15⅝, Suezkanal-Aktien 740, Banque ottomane 411, Société générale 547, Egypter 275.. — Wechsel anf London 25, 25.

New-York, 4. April. Abends 6 Uhr. [Schlußkurse.] Höchste Notirung des Goldagios 13⅛, niedrigste 12⅞. Wechsel auf London in Gold 4 D. 87½ C. Goldagio 12⅞. 5/20 Bonds per 1885 118¼. do. 5proz. fundirte 118. 5/20 Bonds per 1887 120¾. Erie-Bahn 20¼. Central Pacifick 107¾. New-York Centralbahn 113¼ — Waarenbericht. Baumwolle in New-York 13⅜, do. in New-Orleans 12¾. Petroleum in New-York 15, do. in Philadelphia 14⅝. Mehl 5 D. 15 C. Rother Frühjahrsweizen 1 D. 36 C. Mais (old mixed) 68 C. Zucker (Fair refisting Muscovados) 7½. Kaffee (Rio-) 17¾. Schmalz (Marke Wilcox) 14⅜ C. Speck short clear) 13 C. Getreidefracht 7¼.

Produkten-Course.

Danzig, 5. April. Getreide-Börse. Wetter: schön u. warm. — Wind: S.

Weizen loko blieb auch am heutigen Markte ungefragt und in lustloser Stimmung bei reichlichem Angebot. Die mühsam verkauften 430 Tonnen mußten im Preißverhältniß neuerdings zu Gunsten der Käufer abgegeben werden und ist bezahlt für Sommer 131 pfd. 195 M., grau glasig 122 3 pfd. 191 M.. glasig 125 6 pfd. 199 M., hellfarbig 122 pfd. 196 M., hellbunt 125 6 pfd. 204 M., besserer 128 9 pfd. 206 M., 130 pfd. 208 M., weiß 128 9 pfd. 210 M., per Tonne. Termine ziemlich unverändert bei schwacher Kauflust, April-Mai 198⅛ M. bez. 199 M. Br., Mai-Juni 202 M. Gd., Juni-Juli 208 M. Br., September-Oktober 215 M. Br. Regulirungspreis 198 M. Gekündigt wurden — Tonnen.

Roggen loko nur inländischer verkauft; polnischer bei starkem Angebot geschäftslos, 126 pfd. inländischer brachte 152 M., 126 7 pfd. 153½ M. per Tonne. Umsatz 35 Tounen. Termine matt, April-Mai 143 M. bez. und Br., Juni-Juli 148 M. Br., inländischer Mai-Juni 150 M. Br. Regulirungspreis 146 M. — Gekündigt — Tonnen. Gerste loko kleine 107 pfd. 144 M., schöne zur Saat 110 pfd. mit 153 M. bezahlt. — Spiritus loko nicht gehandelt. Regnlirungspreis 43,50 M.

Köln 5. April, Nachmittags 1 Uhr. Getreidemarkt. Weizen flau, hiesiger loko 22, 00, fremder loko 23, 00, per Mai 20, 50, per Juli 21, 90. Roggen, hiesiger loko 16, 00, per Mai 15, 10, per Juli 15, 25. Hafer, loko 18, 50, per Mai 17, 35. Rüböl, loko 33, 00, per Mai 31, 60, per Oktober 32, 20. Wetter: Schön.

Bremen. 4. April, Nachmittags. Petroleum (Schlußbericht). Standard white loko 13, 10, pr. Mai 12, 40, pr. Juni 12, 40, pr. August-Dezember 13, 00. Ruhig.

Hamburg, 5. April, Nachm. Getreidemarkt. Weizen loko still, auf Termine matt. Roggen loko ruhig, auf Termine matt. Weizen per April-Mai 204 Br., 203 Gd., per Juni-Juli per 1000 Kilo 209 Br., 208 Gd., Roggen pr. April-Mai 148 Br., 147 Gd., per Juni-Juli per 1000 Kilo 152 Br., 151 Gd., Hafer ruhig. Gerste flau. Rüböl matt, loko 61⅛, per Mai 59, per Oktober per 200 Pfd. 61½. Spiritus ruhig, per April 35, Mai-Juni 35¼, per Juni-Juli 35⅛, per August-September per 100 Liter 100 pCt. 36½. Kaffee sehr fest, Umsatz 2000 Sack. Petroleum ruhig, Standard white loko 14,00 Br., 13,80 Gd., pr. April 13,00 Gd., per August-Dezember 12,60 Gd. — Wetter: Schön.

Paris, 5. April, Produktenbericht (Schlußbericht). Weizen ruhig, pr. April 26, 56, pr. Mai 27, 00, pr. Mai-Juni 27, 25, pr. Juli-August 28, 25. Mehl weich., pr. April 58, 25, pr. Mai 59, 00, pr. Mai-Juni 59, 50, pr. Juli-August 61, 50. Rüböl beh., pr. April 73, 25, pr. Mai 74, 00, pr. Mai-August 75, 75, pr. September-Dezember 77, 25. Spiritus beh., pr. April 45, 55, pr. Mai-August 47, 00.

Liverpool, 5. April, Vormittags. Baumwolle: (Schlußbericht.) Umsatz 8000 B., davon für Spekulation und Export 1000 B. Matt. Middl. Orleans 6 13/16, middl. amerikanische 6 7/16, fair Dhollerah 4⅝, middl. fair Dhollerah 4½, good middl. Dhollerah 4¼, middl. Dhollerah 4, fair Bengal 4⅛, good fair Broach 5, new fair Domra 4 11/16, good fair Domra 5⅛, fair Madras 4 5/16, fair Pernam 6⅞, fair Smyrna 5⅝, fair Egyptian 6½.

Upland nicht unter low middling Mai-Juni-Lieferung 6½ d

Antwerpen 4. April, Getreidemarkt. (Schlußbericht). Weizen behauptet. dänischer 27¾. Roggen unverändert. Hafer stetig, schwedischer 21¾. Gerste unverändert. Petroleummarkt (Schlußbericht). Raffinirtes, Type weiß loko 31½ bez. 31¾ Br., pr. April 31¼ bez., 31 Br., pr. Mai 30¾ bez., 30¾ Br., pr. September 31½ Br., pr. September-Dezember 32 Br. Fest.

Amsterdam, 5. April, Nachm. Getreidemarkt. Schlußbericht. Weizen loco geschäftslos, auf Termine niedriger, pr. November 301. Roggen loco unverändert, auf Termine niedriger, pr. Mai 180, pr. pr. Juli 182, pr. Oktober 188. Raps pro April 368 Fl. Rüböl loco 36¾, pr. Mai 36⅜, pr. Herbst 37¼. — Wetter: Schön.

Glasgow, 5. April. Roheisen. Mixed numbres warrants 59 sh 6 d.

London, 5. April. Getreidemarkt. Schlußbericht. Fremde Zufuhren seit letztem Montag: Weizen 13,010, Gerste 2310, Hafer 21,020 Qtrs. Weizen träge zu letzten Moutagspreisen gehandelt, angekommene Ladungen geschäftslos. Hafer besser, Mais fest. Andere Getreidearten unverändert. — Wetter: Bewölkt..

Die Getreidezufuhren vom 25. bis zum 31. März betrugen: Engl. Weizen 1681, fremder 13,073, englische Gerste 3392, fremde 6463, engl. Malzgerste 22,816, fremde —, engl. Hafer 529, fremder 39,540 Qrts. Engl. Mehl 19,046 Sack, fremdes 4029 Sack und 830 Faß.

Produkten-Börse.

Berlin, 5. April. Wind: O. Barometer: 28,5. Thermometer: + 12° R. Witterung: schön.

Weizen loko per 1000 Kilogr. 183—223 nach Qual. gef., gelber per diesen Monat —, April-Mai 200,50—201,50 bz., Mai-Juni 202,50 bis 201,50 bz., Juni-Juli 205,50—205 bz., Juli-August 208—207,40 bz., Sept.-Okt. 209—208,50 bz. — Roggen loko per 1000 Kilogr. 152—165 nach Qual. gef., russ. 153—154, polnisch 155—157, inländ. 160—163 ab Bahn bz., per diesen Monat 153—151,50 bz., Frühjahr do., Mai-Juni 151—149—149,50 bz., Juni-Juli 150,50—149 bz., Juli-August 151—149,50 bz., Sept.-Okt. 152,50—151,50 bz. — Gerste loko per 1000 Kilogr. 141—180 nach Qual. gef. — Hafer loko per 1000 Kilogr. 150—185 nach Qual. gef., ost- u. westpr. 164—174, russ. 160—174, schwed. 176—180, pomm. u. meckl. 175—180 ab Bahn bz., per diesen Monat —, Frühjahr 162,50—162 bz., Mai-Juni 161,50 B., 161 G., Juni-Juli do., Juli-August 157,50 B., Sept.-Okt. 154,50 B. — Erbsen per 1000 Kilogr. Kochwaare 178—210 nach Qual., Futterwaare 165—170 nach Qual. — Leinöl loko per 100 Kilogr. ohne Faß 58 M. — Rüböl per 100 Kilogr. loko ohne Faß 59,8 bz., per diesen Monat 60,5—60,8 bz., April-Mai do., Mai-Juni 61 bz., Juni-Juli 62 bz., Sept.-Okt. 62,3—62,4 bz. — Petroleum (Standard white) per 100 Kilogr. mit Faß loko 30 bz., per diesen Monat 27 bz., Sept.-Oktbr. 26 bz. — Spiritus per 100 Liter à 100 pCt. = 10,000 pCt. loko ohne Faß 44,3—44,1 bz., per diesen Monat —, loko mit Faß —, per diesen Monat 45,2—44,9 bz., April-Mai do., Mai-Juni 45,4—45 bz., Juni-Juli 46,5—46 bz., Juli-August 47,7—47,3 bz., Aug.-Sept. 48,7—48,3 bz., Sept.-Okt. 49,4—48,6 bz. — Mehl Nr. 0 27,25—26,25, Nr. 0 u. 1 25,75—24,25. Roggenmehl Nr. 0 23,75—22,25, Nr. 0 u. 1 21,50—20 per 100 Kilogr. Brutto inkl. Sack, per diesen Monat 21,10—21 bz., April-Mai do., Mai-Juni 21,25—21,15 bz., Juni-Juli 21,30 bis 21,20 bz., Juli-August 21,40—21,30 bz., Sept.-Okt. 21,50—21,40 bz. (B. u. H.-Z.)

Breslau, 5. April. [Amtlicher Produktenbörsen-Bericht.] — Kleesaat, rothe, ruhig, ordinär 49—52, mittel 55—58, fein 61—64, hochfein 67—69, Kleesaat, weiße, unverändert, ordinär 65—71, mittel 75—80, fein 86—91, hochfein 95—100. — Roggen (per 2000 Pfd.) behauptet, gek. 3000 Ctr., per April und April-Mai 146—146,50 bz., Mai-Juni 148 bz., Juni-Juli 151,50 bz., Sept.-Okt. 155,50 G. — Weizen 186 G., April-Mai 186 G. — Gerste —. — Hafer 167,50 B., 167 G., per April-Mai 167,50 B., 167 G. — Raps 290 B. — Rüböl geschäftslos, gek. 400 Ctr, loko 61,50 B., per April u. April-Mai 58 B., Mai-Juni 59 B., Sept.-Okt. 60,50 B. — Spiritus wenig verändert, loko 43 B., 42 G., April und April-Mai 44—3,70—80 bz. u. B., Mai-Juni 44,50 B., Juni-Juli 45,50 B., Juli-August 46,50 bz. u. B., August-Sept. 47,50 B. — Zink ohne Umsatz.

Die Börsen-Kommission. (Br. Hdls.-Bl.)

Stettin, 5. April. [Amtlicher Bericht.] Wetter: Schön. + 10° R. Barom. 28. 6. Wind: West.

Weizen flau, pr. 1000 Kilo loko gelber 180—200 M., weißer 190—208 M., Frühjahr 204,50—203,50 M. bez. Mai-Juni 205—203—203,50 M. bez., Br. u. G., Juni-Juli 207,50—206 M. bez., Juli-August 210,50—209 M. bez., Sept.-Oktbr. 209 M. bez. u. Br. — Roggen flau, pr. 1000 Kilo loko inländ. 155—157 M., Russ. 145—147 M., Frühjahr 146 M. nominell, Mai-Juni 145,50 M. bez., Juni-Juli 147—145,50 M. bez., Juli-August 147—146 M. bez, Sept.-Oktbr. 149,50—148—148,50 M. bez. Br. u. G. — Gerste und Hafer ohne Handel. — Erbsen ohne Handel. — Mais ohne Handel. — Winterrübsen still, pr. 1000 Kilo pr. Sept.-Oktbr. 280 M. bez. u. Br. — Heutiger Landmarkt pr. 1000 Kilo: Weizen 186—198 M., Roggen 153—164 M., Gerste 150—162 M., Hafer 171—174 M., Erbsen 174—180 M., Kartoffeln 40—54 M., Heu 3—3,50 M., Stroh 42—48 M. — Rüböl matter, pr. 1000 Kilo loko ohne Faß 64 M. Br. pr. April-Mai 61,50 M. bez., Mai-Juni 62 M. Br. ,Sept.-Oktbr. 61,50 M. Br., — Spiritus flau, pr. 10,000 Liter pCt. loko ohne Faß 44 M. bez., Frühjahr 44,80 M. bez., Mai-Juni 45,50—45 M. bez., Juni-Juli 46,50 bis 46,20 M. bez. u. Br., Juli-August 47,30 M. bez., August-Septbr. 48,40—48,30 M. bez. u. Br. — Angemeldet 3000 Ctr. Weizen. — Regulirungspreis für Kündigungen: Weizen 204 M., Roggen 146 M., Rüböl 61,50 M., Spiritus 44,80 M. — Petroleum loko 13,25 M., pr .Sept.-Oktbr. 12,10 M. Br., — Olein 38,50 M. bez., 39 M. Br. (Ostf. Z.)

Meteorologische Beobachtungen zu Posen.

Datum.	Stunde.	Barometer 260' über der Ostsee.	Therm.	Wind.	Wolkenform.
5. April	Nachm. 2	28" 3''' 88	+ 7°6	NW 1	heiter, Ci-st.
5. „	Abnds. 10	28" 1''' 96	+ 7°4	N 1	trübe, St., Cu.
6. „	Morgs. 6	28" 1''' 86	+ 6°6	W 2	trübe, St.

Wasserstand der Warthe.

Posen, am 4. April Mittags 2,88 Meter.
„ „ 5. „ „ 2,84 „

Berlin, 5. April. Jeder Tag bringt neue Thatsachen, welche die am Schlusse der letzten Börse gemachten Versuche, eine Besserung auf spekulativem Gebiete durchzusetzen, regelmäßig wieder zu Schanden machen. Die „Times" sieht den Bankerott Aegypters fast schon als erklärt an, und bald ist es dieser, bald jener Platz, welcher am stärksten durch Zwangsverkäufe beunruhigt wird und die übrigen in Mitleidenschaft zieht. Heute war es wiederum, wie schon in der Vorwoche wiederholt, Frankfurt, das durch den Zusammenbruch einer großen Spekulationsfirma auch unserem Platze eine sehr matte Eröffnung der an sich geringfügigen Geschäftsthätigkeit brachte. Besonders stark litten Kredit-Aktien, welche etwa 8 Mark unter dem gestrigen Schlußcourse einsetzten; ähnlich wurden auch Franzosen geworfen, auf welche auch die matten pariser Meldungen verstimmend wirkten, während Lombarden eher vernachlässigt blieben. Unter den lokalen Werthen gaben Diskonto-Kommandit-Antheile am meisten nach und zwar um so mehr, als dieselben vielfach für süddeutsche Rechnung auf den Markt geworfen wurden. Auch Laurahütte lag matt, aber still. — Die fremden Fonds und Renten notiren meistens niedriger, blieben aber zu den herabgesetzten Coursen begehrt. Auch einheimische Anlagewerthe lagen eher still, doch fanden in landschaftlichen Pfandbriefen und preußischen Prioritäten recht gute Umsätze statt. Oesterreichische Obligationen zeigten keine große Veränderungen. Der Eisenbahn-Atien-Markt erschien niedriger oder geschäftslos. Ueberall herrschte der Wunsch zu verkaufen vor. Rheinisch-Westfälische Bahnen wurden eine Kleinigkeit niedriger abgegeben und blieben still. Aehnlich ging es mit den übrigen gegen baar gehandelten Werthen. Galizier und Rumänier matt. Banken ziemlich gut behauptet, Posener Provinzial-Bank, Braunschweigische, Geraer, Gothaer und Hypotheken-Institute fest, Bergwerke sehr still. Industriewerthe wenig belebt, Metropole, Linden-Bauverein, deutsche Eisenbahnbau-Gesellschaft und Flora fest. Wechsel still. Die erste Stunde zeigte bei geringen Schwankungen kleine Erholungen. Die zweite Stunde brachte eine etwas weitergehende Besserung. Per Ultimo notiren wir: Franzosen 461,50—4, Lombarden 173—4—3,50, Kredit-Aktien 264—7, Laurahütte 58,10—58,75, Diskonto-Kommandit-Antheile 119,25—9—120, Darmstädter verloren 1½, Tarnowitzer 2 und Dessauer Gas 2⅞, Preuß. Hypothen-Atien-Bank und Pfandbriefe höher. Bonifazius gewann 2, Viehmarkt 1. Der Schluß war ein wenig fester.

Fonds- u. Aktien-Börse.

Berlin, den 5 April 1876.

Preußische Fonds und Geld-Course.

Consol. Anleihe	4½	105,10 bz
Staats-Anleihe	4	99,75 bz
Staats-Schldsch.	3½	93,40 bz
Kur- u. Nm. Sch	3½	
Od.-Deichb.-Obl.	4½	101,90 bz
Berl. Stadt-Obl.	4½	102,10 bz
do. do.	3½	93,25 bz
Cöln. Stadt-Anl.	4½	100,80 G
Rheinprovinz do.	4½	101,50 B
Schldv. d. B. Kfm.	5	100,10 G
Pfandbriefe:		
Berliner	4½	101,90 bz
do.	5	106,40 G
Landsch. Central	4	95,40 bz
Kur- u. Neumärk.	3½	86 G
do. neue	3½	85 bz
do.	4	95,25 B
do. neue	4½	104,50 G
N. Brandbg. Cred.	4	95,25 B
Ostpreußische	3½	87 G
do.	4	95,50 G
do.	4½	102 G
Pommersche	3½	84,90 bz
do.	4	94,90 bz G
do.	4½	102,30 bz G
Posensche, neue	4	95,10 bz G
Sächsische	4	95,75 G
Schlesische	3½	85,50 G
do. alte A. u. C.	4	
do. A. u. C.	4	
Westpr. rittersch.	3½	85,10 bz B
do.	4	95,10 bz B
do.	4½	101,25 bz
do. II. Serie	5	105,90 bz
do. neue	4	95 bz
do.	4½	101 bz
Rentenbriefe:		
Kur- u. Neumärk.	4	97,90 bz
Pommersche	4	97,10 G
Posensche	4	97,25 bz
Preußische	4	97,20 bz
Rhein- u. Westfäl.	4	98,90 bz
Sächsische	4	99,20 bz
Schlesische	4	97,25 bz
Souvereigens		20,42 bz
Napoleonsd'or		16,30 bz G
do. 500 Gr.		
Dollars		
Imperials		
do. 500 Gr.		1393 bz
Fremde Banknot.		
do. einlösb. Leipz.		
Französ. Banknot.		81,25 bz
Oesterr. Banknot.		174,40 bz
do. Silbergulden		177 G
do. ¼ Stücke		
Russ. Noten		265,10 bz

Deutsche Fonds.

P.-A. v. 55 a 100th.	3½	132 B
Hess. Prsch a 40th.	—	256 B
Bad. Pr.-A. v. 67	4	119,10 G
do. 35fl.-Obligat.	—	136,50 B
Bair. Präm.-Anl.	4	120 B,75
Brschw. 20thl.-L.	—	83,50 B
Brem. Anl. v. 1874	4½	100,25 B
Cöln-Md.-Pr.-A.	3½	109,10 bz G
Dess. St. Pr.-Anl.	3½	117,50 bz
Goth. Pr.-Pfdbr.	5	109,50 G
do. II. Abth.	5	106,20 bz B
Hb. Pr.-A. v. 1866	3	173 G
Lübecker Pr.-Anl.	3½	172,50 G
Mecklb. Eisenbsch.	3½	89,75 bz
Meininger Loose	—	19,60 bz
do. Pr.-Pfdbr.	4	102,90 bz
Oldenburg. Loose	3	138,50 bz
D.-G.-C.-B.-Pf. 110	5	103 bz G
do. do.	4½	96,10 bz G
Dtsch. Hypoth. unk.	5	101,00 bz G
do. do.	4½	95,75 bz G
Mein. Hyp.-Pfd.	5	100,25 bz G
Nrdd. Grdcr. H. A	5	100,75 bz [?]
do. Hyp.-Pfdbr.	5	101,50 bz G
Pomm. H.-B. I. 120	5	104,75 bz
do. II. IV. rz. 110	5	101,00 bz G
Pomm. II. rz. 100	5	100,50 bz
Pr. B.-C.-H.-Br. kd.	5	99,80 G
do. unk. rückz. 110	5	103,30 bz G
do. do. 100	5	101 bz G
Pr. C.-B.-Pfdb. kd.	4½	100,25 bz G
do. unk. rückz. 110	5	106,50 bz
do. (1872 u. 74)	4½	98,50 bz
do. (1872 u. 73)	5	101,50 bz
do (1874)	5	101,50 bz
Pr Hyp-A-B 120	4½	99 bz G
do. do.	5	100,20 bz G
Schles. Bod.-Cred.	5	100 G
do. do.	4½	94,00 G
Stett. Nat.-Hyp	5	101,00 bz
do. do.	4½	98,00 bz
Kruppsche Oblig.	5	101,50 bz B

Ausländische Fonds.

Amerik. rckz. 1881	6	104,50 bz
do. do. 1885	6	99,60 bz G
do. Bds. (fund.)	5	101,90 bz
Norweg. Anl.	4½	
New-Yrk. Std.-A	7	102,20 bz
do. Goldanl	6	101,90 bz
New Jersey	7	
Oest. Pap.-Rente	4⅕	58,50 bz
do. Silb.-Rente	4⅕	61,20 bz
do. 250 fl. 1854	4	103,70 B
do. Cr. 100 fl. 1858	—	322 bz
do. Lott.-A. v. 1860	5	106,75 bz
do. do. v. 1864	—	276,50 bz
Ung. St.-Eisb.-A.	5	72,75 bz
do. Loose	—	155,50 bz
do. Schatzsch I.	6	89,90 B
do. do. kleine	6	90 bz
do. do. II.	5	88 bz
Italienische Rente	5	71,10 G
do. Tabak-Obl	6	101,50 G
do. do. Actien	6	516 G
Rumänier	8	103,30 bz
Russ. Nicol.-Obl	4	
do. Centr.-Bod	5	91,25 B
do. Engl A. 1822	5	100,25 bz
do. do. A. v. 1862	5	100,50 bz
Russ.-Engl. Anl.	3	
Russ fund. A. 1870	5	102,60 bz
Russ. cons. A 1871	5	98,60 bz
do. do. 1872	5	98,70 B
do. do. 1873	5	98,50 bz
do. Bod.-Credit	5	86,60 bz
do. Pr.-A. v. 1864	5	176,50 G
do. do. v. 1866	5	173 bz
do. 5. A. Stiegl.	5	82,40 bz
do. 6 do. do.	5	97,70 bz
do. Pol.-Sch.-O.	4	88 bz
do. do kleine	4	86,75 bz
Poln. Pfdb. III. E.	4	
do. do.	5	77,10 bz
do. Liquidat.	4	68,30 bz
Türk. Anl. v. 1865	5	14,25 bz
do. do. v. 1869	6	
do. Loose vollgez.	3	39,50 G

*) Wechsel-Course.

Amsterd. 100 fl. 8 T.	
do. 109 fl. 1 M.	
London 1 Lstr. 8 T.	
do. do. 3 M.	
Paris 100 Fr. 8 T.	
Blg. Bkpl. 100 F. 8 T.	
do. do. 100 F. 2 M.	
Wien öst. Währ. 8 T.	173,75 bz
Wien öst. Währ. 2 M.	172,60 bz
Petersb. 100 R. 3 W.	264,10 bz
do. 100 Rub. 3 M.	262,00 bz
Warschau 100 R. 8 T.	264,70 bz

*) Zinsfuß der Reichs-Bank für Wechsel 4, für Lombard 5 pCt.; Bankdisconto in Amsterdam 3, Bremen —, Brüssel 3½, Frankfurt a. M. — , Hamburg —, Leipzig —, London 4, Paris —, Petersburg 5½, Wien 4½ pCt.

Bank- und Credit-Aktien.

Badische Bank	4	104,50 G
Bk. f. Rheinl. u. Westf.	4	65 G
Bk. f. Sprit- u. Pr. H.	4	63,50 bz G
Berliner Bankverein	4	80 G
do. Comm.-B. Sec	4	63,25 G
do. Handels Ges.	4	90 G 90,25 B
do. Kassen-Verein	4	189,25 G
Breslauer-Disc.-Bk.	4	61,80 bz
Centralbk. f. Bauten	4	23,00 G
Centralbk. f. Ind. u. H.	4	68,50 bz G
Cent.-Genossensch.-B.	fr.	95,60 bz G
Chemnitzer Bank-V.	4	75,00 B
Coburger Credit-V.	4	68,00 bz
Cöln. Wechslerbank	4	74,90 G
Danziger Bank	fr.	59 bz G
Danziger Privatbank	4	115,75 G
Darmstädter Bank	4	105,75 bz G
do. Zettelbank	4	94,25 G
Dessauer Creditbank	4	10,60 G 72 bz
do. Landesbank	4	116 B
Deutsche Bank	4	75,75 bz B
do. Genossensch.	4	9375,bz 94,25 G
do. Hyp.-Bank	4	93,25 B
do. Reichsbank	fr	156,75 bz
do. Unionbank	4	78,75 bz G
Disconto-Comm.	4	120,50 bz
do. Prov.-Discont	4	78 bz
Geraer Bank	4	83,40 G
do. Creditbank	4	50,80 G
Gew.-B. H. Schuster	4	13,50 bz G
Gothaer Privatbank	4	86,50 bz G [G
do. Grundcreditbk	4	107,75 G 101,20
Hypothek. (Hübner)	4	126,90 G [G
Königsb. Vereinsbank	4	81,50 G
Leipziger Creditbank	4	120,00 G
do. Discontobank	4	72,00 B
do. Vereinsbank	4	84,75 bz G
do. Wechselbank	4	66,50 B
Magdeb. Privatbank	4	107,90 bz G
Mecklenb. Bodencredit	4	74,75 B
do. Hypoth. Bank	4	68,75 B
Meininger Creditbank	4	80,10 bz G
do. Hypothekenbk	4	100,75 G
Niederlausitzer Bank	4	85,50 bz
Norddeutsche Bank	4	128,60 bz
Nordd. Grundcredit	4	101,00 B
Oesterr. Credit	4	
do. Deutsche Bank	4	91,25 G
Ostdeutsche Bank	fr.	83,50 G
Posener Spritactien.	4	
Petersb. Discontobank	4	104,00 B
do. Intern. Bank	4	97,90 bz
Posen. Landwirthsch.	4	62,00 G
Posener Prov.-Bank	4	97,75 bz G
Preuß. Bank-Anth.	4½	
do. Boden-Credit	4	99,90 G
do. Centralboden.	4	119,00 G
do. Hyp. Spielh.	4	121,75 G bz
Product.-Handelsbank	4	84,25 bz
Provinz.-Gewerbebk.	4	40,00 bz G
Rittersch. Privatbank	4	122,50 G
Sächsische Bank	4	120,60 bz B
do. Bankverein	fr	92,25 G
do. Creditbank	4	80,50 G
Schaaffhaus Bankv.	4	72 bz G
Schles. Bankverein	4	82,00 G
Schles. Vereinsbank	4	87 B
Südd. Bodencredit	4	112,20 bz
Thüringische Bank	4	75,75 G
Vereinsbank Quistorp	fr.	6,25 bz

Industrie-Actien.

Brauerei Patzenhofer	4	100,00 G
Dannenb. Kattun	4	18,00 G
Deutsche Baugef.	4	51,50 G
Deutsch. Eisenb. Bau.	4	15,50 bz G
Dtsch. Stahl u. Eisen	4	
Donnersmarckhütte	4	19,00 B
Dortmunder Union	4	9,40 bz G
Egell'sche Masch Act.	4	17,10 bz G
Erdmannsd. Spinn.	4	24 B
Flora f. Charlottenb.	4	17,00 bz G
Frist u. Roßm. Nähm.	4	46,00 G
Gelsenkirch.-Bergw.	4	105,00 B
Georg-Marienhütte	4	66 bz G
Hibernia u. Shamr.	4	36,00 G
Immobilien (Berl.)	4	81,50 G
Kramsta, Leinen F.	4	85,25 B
Lauchhammer	4	20,10 bz G
Laurahütte	4	59 B
Luise-Tiefbau-Bergw.	4	27 bz B
Magdeburg. Bergw.	4	121,00 bz G
do. Spritfabrik	4	22,50 G
Marienhütte Bergw.	4	62,75 G
Massener Bergwerk	4	29,00 B
Menden u. Schw. B.	4	53,00 bz G
Oberschles. Eis.-Bed.	4	28,25 G
Ostend	4	10 00 G
Phönix B.-A. Lit. A.	4	52, 90 G
Phönix B.-A. Lit. B.	4	39,00 G
Redenhütte	4	3,00 B
Rhein.-Nass. Bergwerk	4	89,75 bz
Rhein.-Westfäl. Ind.	4	22,50 G
Stobwasser Lampen	4	56,50 B
Union-Eisenwerk	4	7,75 bz B
Unter den Linden	4	18,25 bz G
Wäsemann Bau-V.	4	38,30 bz G
Westend (Quistorp)	fr.	4 30 bz G
Wissener Bergwerk	4	29 25 12,50 G
Wöhlert Maschinen	4	17,75 bz G

Eisenbahn-Stamm-Actien.

Aachen-Mastricht	4	23,50 bz
Altona-Kiel	4	113,75 bz
Bergisch-Märkische	4	81,00 bz
Berlin-Anhalt	4	107,75 bz
Berlin-Dresden	5	28,00 bz
Berlin Görlitz	4	41,50 bz
Berlin-Hamburg	4	172,50 bz
Berliner Nordbahn	fr.	
Brl.-Potsd. Magdeb.	4	77,00 bz B
Berlin-Stettin	4	128,75 bz
Bresl.-Schw.-Freibg.	4	79,50 bz
Cöln-Minden	4	101,50 bz
do. Litt. B.	5	96,90 bz G
Halle-Sorau-Guben	4	10,30 bz
Hann.-Altenbeken	4	16, bz B
do. II Serie	4	
Märkisch-Posener	4	22,25 bz
Magd.-Halberstadt	4	69,75 bz G
Magdeburg-Leipzig	4	235,00 bz
do. do. Litt. B.	4	96,00 bz G
Münster-Hamm	4	
Niederschles.-Märkisch	4	97,60 bz G
Nordhausen Erfurt	4	33,90 bz B
Oberschl. Litt. A. u. C.	3½	141,70 bz B
do. Litt. B.	3½	131,00 bz
do. Litt E.	5	
Ostpreuß. Südbahn	4	30,50 bz
Pomm. Centralbahn	fr.	
Rechte Oder. Uferbahn	4	105,50 bz G
Rheinische	4	115,10 bz
do. Litt. B. v. St. gar.	4	92,00 bz G
Rhein Nahebahn	4	15,25 bz G
Stargard-Posen	4½	101,25 bz G
Thüringische	4	116,00 bz
do. Litt. B. v. St. gar.	4	90,40 bz B
do. Litt. C. v. St. gar.	4½	99,50 bz B
Weimar-Geraer	4½	48,89 bz
Albrechtsbahn	5	17,25 bz
Amsterdam Rotterd.	4	113,00 bz
Aussig Teplitz	4	110,00 bz
Baltische	3	56,25 G
Böhm. Westbahn	5	78,25 bz
Brest-Grajewo	4	26,75 bz G
Brest-Kiew	4	50,25 bz
Dux-Bodenbach	4	8,75 bz G
Elisabeth-Westbahn	5	67,25 bz
Kaiser Franz Joseph	5	59,75 bz G
Galiz. Karl Ludwig)	5	82,90 bz
Gotthard Bahn	6	48,50 bz G
Kaschau-Oderberg	5	47,25 G
Ludwigsh.-Bexbach	4	178,50 B
Lüttich Limburg	4	25 90 bz
Mainz-Ludwigsburg	4	98,75 bz
Oberhess. v. St. gar.	3½	73,50 bz B
Oestr. frz Staatsbahn	4	
do. Nordwestbahn	5	233,25 bz
do. Litt. B.	5	
Reichenb. Pardubitz	4½	55,25 bz
Kronpr. Rudolfsbahn	5	51,50 bz G
Rjask Wyas	5	
Rumänier	4	23,75 bz
Russische Staatsbahn	5	107,70 bz G
Schweizer Unionbahn	4	7,00 bz
Schweizer Westbahn	4	16,75 bz
Südösterr. (Lomb.)	4	
Turnau Prag	4	43,80 bz
Vorarlberger	5	46,50 bz
Warschau-Wien	4	203, bz B

Eisenbahn-Stammprioritäten

Altenburg Zeitz	5	104,25 bz
Berlin Dresden	5	74,20 bz G
Berlin-Görlitzer	5	82,75 bz G
Berliner Nordbahn	fr.	
Breslau Warschau	5	25,00 B
Chemn.-Aue-Adorf	5	19,75 bz
Crefeld-K. Kempen	fr.	
Gera-Plauen	5	23,25 bz
Halle-Sorau-Guben	5	18,25 bz G
Hannover-Altenbek.	5	37,50 bz B
do. II. Serie	5	
Leipz. Gaschw.-Ms.	5	78,00 bz
Märkisch-Posen	5	64,50 bz G
Magdeb.-Halberst. B.	3½	61,90 bz G
do. do C.	5	89,50 bz G
Münster-Enschede	5	—,— bz
Nordhausen-Erfurt	5	36,50 bz G
Oberlausitzer	5	41,75 bz
Ostpreuß. Südbahn	5	77,00 G
Rechte Oderufer-Bahn	5	109,25 bz G
Rheinische	4	
Rumänische	8	81,00 bz
Saalbahn	5	29 00 bz
Saal Unstrutbahn	5	23,25 B
Tilsit Insterburg	5	—,00 bz G
Weimar-Geraer	5	28,25 bz

Eisenbahn-Prioritäts-Obligationen.

Aach.-Mastricht	4½	91,50 B
do. do. II.	5	98,50 G
do. do. III.	5	98,50 B
Berg.-Märkische I.	4½	100,00 G
do. II.	4½	
do. III. v. St. g.	3½	85,00 B
do. do. Litt. B.	3½	85,00 B
do. do. Litt. C	3½	76,25 bz G
do. IV.	4½	98,00 B
do. V	4½	97,00 bz B
do. VI	4½	97,50 B
do. VII.	5	102,75 bz
Aachen-Düsseldorf I	4	89 G
do. do. II	4	89 G
do. do III	4½	95,25 G
do. Düss.-Elb.-Pr	4	90 G
do. do. II.	4½	
do. Dortmd.-Soest	4	88,25 bz
do. do. II	4½	96,00 B
do. Nordb. Fr. W.	5	103,00 bz
do. Ruhr-Cr.-K.	4½	
do. do. II.	4	
do. do. III.	4½	94,50 G
Berlin-Anhalt	4	
do.	4½	100,50 G
do. Litt. B.	4½	100,00 G
Berlin-Görlitz	5	102 40 B
do. do.	4½	91,00 G
Berlin-Hamburg	4	94,00 G
do. do. II	4	94,00 G
do. do. III.	5	103 40 bz
Berl.-Potsd.-M. A. B	4	91,50 G
do. do. C.	4	91,00 bz
do. do. D.	4½	96,30 bz
do. do. F	4½	92,25 bz B
Berlin-Stettin I.	4½	
do. do. II.	4	93,00 B
do. do. III.	4	93,00 B
do. IV. v. St. g.	4½	102,60 bz G
do. VI. do.	4	92,40 B
do. VII.	4½	97,50 bz B
Bresl.-Schw.-Freibrg.	4½	95 00 G
do. do. Litt. G	4½	95 50 bz
do. do. Litt. H.	4½	92,00 B
do. do. Litt. I.	4	89,90 B
Cöln-Minden IV.	4	92,30 bz G
do. do. V.	4	89 60 G
do. do. VI.	4½	96,00 bz B
Halle-Sorau Guben	5	92,25 bz G
do. do. II.	5	86,90 bz
Hannov.-Altenbek. I	4½	94,50 bz
do. do. II	4½	94,25 G
do. do. III	4½	86,70 bz
Märkisch-Posener	5	
Magdeb.-Halberstadt	4½	97,00 G
do. do. de 1865	4½	95,50 G
do. do. de 1873	4½	
do. Leipzig de 1867	4½	99,50 B
do. do. de 1873	4½	99,50 B
do. Wittenberge	3	72,25 B
do. do.	4½	
Niederschles.-Märk. I.	4	96,75 G
do. II a 62½ thlr.	4	95,00 bz
do. Obl. I. u. II	4	96,75 G
do. do. III. conv	4	96,25 G
Nordhausen-Erfurt I.	5	
Oberschlesische A.	4	
Oberschlesische B.	3½	
do. C.	4	
do. D.	4	91,75 G
do. E.	3½	86 B
do. F.	4½	100,90 B
do. G.	4½	98,75 G
do. H.	4½	101, B
do. v. 1869	5	103,70 bz
do. v. 1873	4	90,50 B
Oberschles. v. 1874	4½	93,00 G
do. Brieg-Neisse	4½	
do. Cos.-Oderb.	4	92,25 G
do. do.	5	103,50 G
do. Niedsch. Zwgb.	3½	76,50 G
do. Starg. Pos.	4	92,50 G
do. do. II.	4½	99 G
do. do. III.	4½	99 G
Ostpreuß. Südbahn	5	102,25 bz B
do. Litt. B.	5	102 G
do. Litt. C.	5	
Rechte-Oder-Ufer	5	103,50 bz G
Rheinische	4	
do. v. St. gar.	3½	87 G
do. von 1858, 60	4½	99,00 bz G
do. von 1862, 64	4½	99,50 G
do. v. 1865	4½	99,50 G
do. 1869, 71, 73	5	103,20 bz G
do. v. 1874	5	103,25 bz
Rh.-Nahe. v. St. g.	4½	102,20 B
do. II. do.	4½	102,20 B
Schlesw.-Holstein.	4½	98,50 G
Thüringer I.	4	93,60 bz
do. II.	4½	
do. III.	4	93,60 bz
do. V.	4½	93,50 B
do. VI.	4½	99,00 bz

Ausländische Prioritäten.

Elisabeth-Westbahn	5	73,50 bz G
Gal. Karl-Ludwig. I.	5	81,90 bz B
do. do. II.	5	80,30 bz G
do. do. III.	5	77,75 G
do. do. IV.	5	76,00 G
Lemberg-Czernow. I.	5	66,00 bz G
do. II.	5	71,00 bz G
do. III.	5	61,25 bz G
do. IV.	5	67,90 bz
Mähr.-Schles. Ctrlb.	fr.	22,00 bz
Mainz-Ludwigshafen	5	103,10 B
do. do.	4½	
Oesterr.-Franz. Stsb.	3	317,60 G
do. Ergänzungsn.	3	305,50 bz
Oesterr.-Franz. Stsb.	5	96,60 bz
do. II. Em.	5	96,60 bz
Oesterr. Nordwestb.	5	76,60 bz G
Oest. Nrdwstb. Litt. B.	5	60,10 bz G
do. Goldpriorität.	5	
Kronpr. Rud.-Bahn	5	60,60 bz
do. do. 1869	5	68,00 bz B
do. do. 1872	5	67,20 bz
Rab-Graz Pr.-A.	4	
Reichenb. Pardubitz.	5	75,25 G
Südösterr. (Lomb.)	3	239,90 bz
do. do. neue	3	239,80 bz G
do. do. 1875	6	
do. do. 1876	6	101,80 G
do. do. 1877	6	103,00 G
do. do. 1878	6	104 00 G
do. do. Oblig.	5	80,30 bz
Baltische, gar.	5	87,50 B
Brest-Grajewo	5	75,75 bz G
Charkow-Asow. g.	5	97,10 bz G
do. in Lstr. a 20.40	5	
Charkow.-Krementsch.	5	96,80 B
Jelez Orel, gar.	5	96,80 G
Jelez Woron., gar.	5	96,50 G
Koslow.-Woron	5	99,00 bz B
Koslow.-Woron Obl.	5	86,80 bz
Kursk. Chark. gar.	5	96,80 bz G
K. Chark.-As. (Obl.)	5	92,40 bz
Kursk.-Kiew, gar.	5	98,80 bz B
Losowo Sewast	5	93,00 bz
Mosco-Rjäsan, g.	5	102,00 G
Mosk.-Smolensk	5	98,30 bz
Schuja Iwanowo	5	97,90 bz
Warschau Teresp.	5	96,10 bz G
do. kleine	5	96,10 G
Warschau-Wien II.	5	97,90 bz
do. III	5	95,50 bz
do. IV.	5	91 90 bz
Zarskoe-Selo	5	86,25 B

Verlag von W. Decker u. Comp. (E. Röstel) in Posen.